

Sebastian Schäfer

# Rudolf Olden – Journalist und Pazifist

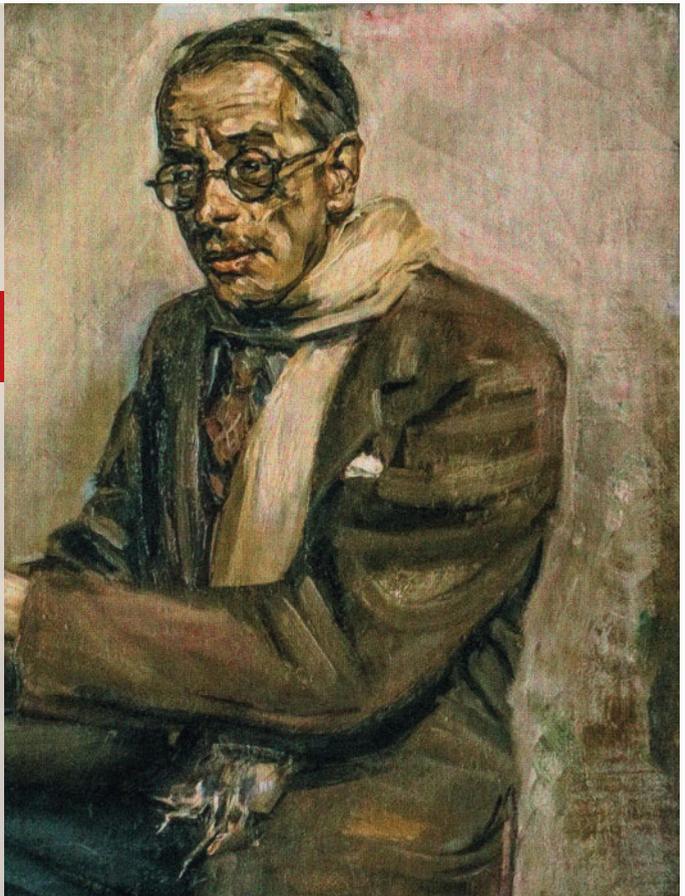
Vom Unpolitischen zum Pan-Europäer.

Moralische Erneuerung im Zeichen moderner Kulturkritik

WEIMARER SCHRIFTEN  
ZUR REPUBLIK

Franz Steiner Verlag

8



Sebastian Schäfer  
Rudolf Olden – Journalist und Pazifist

WEIMARER SCHRIFTEN ZUR REPUBLIK

Herausgegeben von Michael Dreyer und Andreas Braune

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Ursula Büttner

Prof. Dr. Alexander Gallus

Prof. Dr. Kathrin Groh

Prof. Dr. Christoph Gusy

Prof. Dr. Marcus Llanque

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Band 8

Sebastian Schäfer

# Rudolf Olden – Journalist und Pazifist

Vom Unpolitischen zum Pan-Europäer.

Moralische Erneuerung im Zeichen moderner Kulturkritik



Franz Steiner Verlag

Umschlagabbildung:

Porträt Rudolf Oldens von Kurt Schwitters, 1940 © Hartmut W. Schmidt 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Dissertation Technische Universität Chemnitz, 2018

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany

ISBN 978-3-515-12393-8 (Print)

ISBN 978-3-515-12398-3 (E-Book)

## INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	7
1.1 Fragestellung.....	10
1.2 Methodik und Aufbau.....	16
1.3 Forschungsstand.....	26
2. DIE BÜRGERLICHE UTOPIE ZERBRICHT – PAZIFISMUS IM WELTKRIEG	
2.1 Programmatische Neuorientierung: Über Demokratie zum Weltfrieden.....	31
2.2 Organisatorische Vielfalt – Krieg und Revolution als pazifistischer Katalysator.....	34
3. DER LITERAT – OLDEN UND DAS JUNGE WIEN.....	42
4. DER SOLDAT – POLITISIERUNG IM SCHÜTZENGRABEN?.....	56
5. WIENER JAHRE (1919–1926).....	77
5.1 Pazifistische Vorbilder? Benno Karpeles und die österreichische Sozialdemokratie.....	81
5.1.1 Evolution statt Revolution – Der geistige Neubeginn.....	87
5.1.2 Die Pariser Konferenz: Friedensbedingungen von Versailles.....	105
5.1.3 Die Frage der Kriegsschuld – Auseinandersetzungen um Artikel 231.....	113
5.2 „Die Republik muß organisiert werden“ – Der Organisator in Zeiten der Bewährung.....	122
5.2.1 Das Krisenjahr 1923.....	123
5.2.2 Rechtsruck! Gescheiterte Umerziehung – Reichswehr und Justiz.....	143
5.2.3 Ideeller Realismus: Die Vereinigten Staaten von Europa.....	163
5.3 Der Herausgeber – <i>Er und Sie. Wochenschrift für Lebenskultur und         Erotik</i> .....	176
ZWISCHENFAZIT.....	182

6. BERLINER JAHRE (1926–1933).....	189
6.1 Der Jurist – Praktischer Pazifismus .....	194
6.1.1 Fememord und Schwarze Reichswehr – Juristische Aufarbeitung.....	198
6.1.2 Pazifismus und Landesverrat: Kampf um die journalistische Freiheit .....	209
6.1.3 Der Humanist – Olden und die <i>Deutsche Liga für       Menschenrechte</i> .....	236
6.2 Der politische Leitartikler – <i>Berliner Tageblatt</i> als Medium.....	263
6.2.1 Die deutsche Jugend: Segen oder Fluch?.....	266
6.2.2 Wehrhaftigkeit und Pazifismus: Republikanische Aufrüstung.....	289
6.2.3 Demokratie in Gefahr! – Das Weimarer Präsidialregime.....	319
6.3. Der Zionist? – Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus...	346
7. AUSBLICK – LONDONER EXIL (1933–1940).....	370
8. SCHLUSSBETRACHTUNG .....	395
9. BIBLIOGRAPHIE .....	427

## 1 EINLEITUNG

Was eine Erinnerung hinterlässt, ist nicht vergebens geschehen. Doch wie erinnert man an einen scheinbar Vergessenen? In Hugo von Hofmannsthals *Buch der Freunde* heißt es: „Wenn ein Mensch dahin ist, nimmt er ein Geheimnis mit sich: wie es ihm, gerade ihm – im geistigen Sinn zu leben möglich gewesen sei.“<sup>1</sup> Die Umstände, unter denen Rudolf Olden dem rückblickenden Betrachter dieses Rätsels zu lösen aufträgt, offenbart eine zusätzliche Dramatik.

Als am 12. September 1940 die *City of Benares* im Hafen von Liverpool die Reise in Richtung Nordamerika aufnimmt, befinden sich auf der Passagierliste nicht nur 92 evakuierte Kinder sowie weitere unzählige Flüchtlinge, die dem Terror des nationalsozialistischen Deutschlands zu entkommen versucht hatten, sondern auch Olden mit seiner dritten Ehefrau Ika. Für den im September 1939 nach dem Kriegseintritt Großbritanniens als *enemy alien* internierten Rudolf, sollte der Ruf an die New Yorker *New School for Social Research* den beruflichen Neubeginn einläuten. Am fünften Tag der Reise, am 17. September 1940, torpedierte U-48 der deutschen Kriegsmarine im offenen Atlantik das mit 400 Seelen an Bord besetzte Schiff. Nach etwa 30 Minuten sank die *City of Benares* und riss nicht nur Rudolf und Ika Olden, sondern weitere 251 Passagiere mit in den Tod.<sup>2</sup>

Die Zeitgenossen reagierten bestürzt. Thomas Mann schreibt in sein Tagebuch:

Nachricht, daß R. Olden mit Frau bei der ruchlosen Torpedierung des Kinderschiffes umgekommen. Grauen. Goebbels läßt jetzt erklären, man habe das Schiff absichtlich versenkt, weil man gewußt habe, daß [er] darauf sei, was natürlich eine dumme Lüge.<sup>3</sup>

Der Schriftsteller Alfred Kantorowicz formulierte:

Natürlich weiß hier kein Mensch mehr, wer Rudolf Olden war, welche Bedeutung als Publizist, als Historiker und als Strafverteidiger – zum Beispiel im Ossietzky-Prozess – er in der Weimarer Republik gehabt hat: einer der streitbaren, aufrechten bürgerlichen Liberalen, für die das Wort Freiheit den echten, verpflichtenden und mit persönlichem Opfer zu verteidigenden Inhalt wahrte.<sup>4</sup>

Für Arnold Zweig verriet das Wirken von Rudolf Olden in der Zwischenkriegszeit den „politischen Willen, Deutschland in ein neues von Hitler befreites Europa einzugliedern“<sup>5</sup>. Er gehörte zu jener „kleinen Schar radikal-bürgerlicher Demokraten“. Seine Forderungen seien häufig von einer Radikalität, die ihres Gleichen in der politischen Landschaft der Weimarer Republik suchte. Vorurteile wären Olden fremd, stehe er doch für kulturell urban geprägte Offenheit. Die *Weltbühne* zählte ihn zu

1 Hofmannsthal (1959): S. 33.

2 Vgl. Brinson/Malet (1994): S. 193; Asmus/Eckert (2010): S. 73–74.

3 Mann (1982): S. 153–154.

4 Kantorowicz (1959): S. 393.

5 Zweig (1967): S. 160. Folgendes Zitat ebd., S. 161.

seinen „besten Mitarbeitern“<sup>6</sup> und charakterisierte Olden als „schmale, aristokratische Erscheinung von manchmal bizarrer Eleganz, eine romantische Figur des großen Journalismus, ein edler Snob im Sinne Baudelairs, ein sine nobile mit der edelmännischen Attitüde von eigenen Gnaden, ein Kerl wie Samt und Seide.“ Maximilian Scheer referierte 1947 knapp und einprägsam über seinen früheren Kollegen beim *Berliner Tageblatt*: „Ein Bürger. Ein Demokrat: Ein Streiter für Deutschlands Freiheit – für Freiheit in Deutschland.“<sup>7</sup> Im April 1951 widmete der *P.E.N. Club deutscher Autoren im Ausland* eine Ausgabe seines Mitteilungsblattes seinem ehemaligen Sekretär und markierte Oldens besondere Stellung bei der Einberufung des Kongresses *Das freie Wort* im Februar 1933. Er habe die „konstitutionellen Defekte des Deutschtums der letzten Jahrhunderte nicht nur klar erkannt, sondern auch bis zum Letzten bekämpft“<sup>8</sup>.

Noch im britischen Internierungslager hält der berühmte Pazifist Kurt Hiller am 27. September 1940 eine Gedenkrede auf Rudolf Olden, die am umfassendsten den politischen Charakter zu umreißen versuchte:

Er war kein Parteipolitiker; er war ein allem Dogmatikerstarrsinn und freilich auch aller Ideen-Inbrunst ferner leicht skeptischer Freund des Anstandes, der persönlichen Freiheit, der Menschlichkeit. Der sozialistische Gedanke wollte ihm nicht schmecken. In makabrer Ritterlichkeit verteidigte er eine gesellschaftliche Idee, von deren Totheit er ausgesprochenermaßen überzeugt war. Er verstand, daß die furchtbare Krise der alten humanistischen Werte nicht zu einer Regeneration der liberal-demokratischen Formen führen könne. Seine Stärke lag in der Freiheit, Klugheit, Kultiviertheit seines Betrachtens und Zergliederns; er war tief anständig, ein innerlich freier, unabhängiger, redlicher, geistiger Mensch.<sup>9</sup>

Diese Zuschreibungen werfen ein erstes Bild auf die politischen Dimensionen der Figur Olden. Welche Vorstellung von Politik ihn prägte und wie er selbst das Politische zu definieren versuchte, motiviert die Beschäftigung mit seiner Person, zumal die Phase zwischen 1914 und 1918 nicht zuletzt für das politische Denken eine Art Sollbruchstelle darstellte.

Vor dem Ersten Weltkrieg neigte die Ideengeschichte zu einer gewissen Teleologie. Die Gegenwart wählte man notwendig am Ende dieser Entwicklung. Zwei Denkrichtungen waren zu unterscheiden: Einerseits sah man die Ausbildung des modernen Staates als zwingendes historisches Resultat des politischen Denkens, andererseits ihn nur als Durchgangsstation auf dem Weg zum eigentlichen Ziel. Bürgerlicher Staatsdiskurs und sozialistischer Diskurs standen sich gegenüber.

Die Ideengeschichte des Kaiserreichs stellt in ihren beiden Hauptströmungen einen in weiten Zügen vergleichbaren Typus der Ideengeschichtsschreibung dar: aus der Affirmation der eigenen Gegenwart als Telos der ideengeschichtlichen Entwicklung wird die Ideengeschichte rekonstruiert, geordnet und bewertet.<sup>10</sup>

6 Lehnau (1946): S. 233. Folgendes Zitat ebd., S. 235.

7 Scheer (1947): S. 4.

8 Lehmann-Rußbüldt (1951): S. 3.

9 Hiller (1949): S. 353–355.

10 Llanque, in: Ders. (2010): S. 103. Das folgende Zitat ebd., S. 104.

Vor 1914 war das Studium ideengeschichtlicher Inhalte in Bezug auf die eigene Gegenwart Ausdruck von Zuversicht und Eindeutigkeit. Mit Kriegsende gingen begriffliche Selbstverständlichkeiten und Plausibilitäten hingegen verloren. Es begann eine irritierte Orientierungssuche, die auch auf Olden ihre Wirkungen haben sollte. „Die Teleologie konnte nicht mehr als ordnendes Prinzip erhalten, der Ausgang des Geschehens, der mit dem Wechsel zur Republik eingeleitet worden war, keineswegs aber als abgeschlossen galt, war offen.“ Olden wird schließlich als Teil dieser Umbruchszeit charakterisiert. Als bürgerlich hoch gebildeter Journalist musste er seinen Platz erst finden und neu definieren. Eine besondere Form der Gegenwartsanalyse wird ihn kennzeichnen und insofern als pazifistischen Intellektuellen ausweisen.

Grundsätzlich hatte Politik für ihn etwas Mystisches. Die Popularität Hitlers und seiner Bewegung galt Olden als ein solches Mysterium, welches auch ihn in Teilen ratlos werden ließ. Begünstigt werde dieses Phänomen durch die Ästhetisierung der eigenen Person. Der zunehmende „Kult des Persönlichen“<sup>11</sup> prägte den politischen Stil, führe deutlich hin zur Irrationalität und übe einen unerklärlichen, wundersamen Einfluss auf die Menschen aus; „je mehr und je deutlicher er [der Politiker] sich selbst spielte, desto stärker ward seine Wirkung, desto heller loderte die Begeisterung seiner Bewunderer.“ Gerade für die Endphase Weimars ist dies typisch. In der Republik habe ein noch nie dagewesener Umschwung vom Rationalen zum Irrationalen stattgefunden. Das Volk wollte an einen politischen Wunderzauber glauben, der die Erlösung bringe. Bereits die Autoren der *Wiener Moderne*, mit denen Olden vor 1914 in enger Verbindung stand, betonten in ihren Werken die Magie der Persönlichkeit in der Politik. Wie konkret seine Beziehungen zu diesem Literatenkreis gewesen sind, wird noch explizit darzustellen sein. An diesem Punkt werden lediglich die folgenden Aspekte näher betrachtet:

Die junge Künstlergeneration um 1900 (besonders in Wien) sah sich mit gewissen gesellschaftlichen Krisensituationen und Dynamiken konfrontiert. Feste geistige Bindungen und Orientierungen begannen sich zu verschieben und neu zu ordnen. Der politische wie ökonomische Liberalismus sah einer Existenzkrise entgegen. Die etablierte Welt der Ringstraßenepoche war durch massive Zuwanderung und neue soziale Bevölkerungsgruppen wie dem Industrieproletariat herausgefordert. Die permanente Notwendigkeit, den Umgang mit Gegensätzlichkeiten zu lernen, kennzeichnete das Wien der Jahrhundertwende. Davon konnte die politische Struktur nicht unberührt bleiben. Neben der Bildung von modernen Massenparteien etablierte sich der „problematische Typus des Künstler-Politikers.“<sup>12</sup> In diesen Jahrzehnten wurde selbst von Zeitgenossen eine Art Ästhetisierung des Politischen thematisiert, die den Hang zur Selbstinszenierung zeigte. So stellt Hofmannsthal fest: „Politik ist Magie. Wer die Mächte anzurufen weiß, dem gehorchten sie.“<sup>13</sup> Bei Karl Kraus heißt es mit Blick auf Karl Lueger, dem Bürgermeister Wiens: „Denn im großen Politiker steckt nicht nur ein Spekulant und Milliardär, sondern auch ein

11 Olden (1932): S. 14. Das folgende Zitat ebd.

12 Lorenz (2007): S. 23.

13 Hofmannsthal (1979/80): S. 280.

Bänkelsänger; er ist nicht nur großer Schachspieler, sondern auch großer Schauspieler.“<sup>14</sup>

Wenngleich nicht unterstellt wird, dass dieses Bild von Politik ganzheitliche Gültigkeit im Leben von Rudolf Olden besitzt, so zeigt es dennoch ein pointiertes Verständnis am Ausgang der Weimarer Republik im Übergang zur Diktatur des Nationalsozialismus.

## 1.1 FRAGESTELLUNG

Schon mit Beginn seiner journalistischen Laufbahn 1918 beschäftigte Olden das Verhältnis der Militärs zur neuen Demokratie. Höhepunkt seines Schaffens bildeten die ausführlichen Berichte und kritischen Analysen, die er zwischen 1928 und 1931 unter dem Pseudonym Karl Wurzbach im *Argentinischen Tageblatt* veröffentlichte. Allein die Überschriften verdeutlichen sein Augenmerk auf die Reichswehr und deren Versuch, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unterlaufen: *Die Millionen der Reichswehr, Reichswehr und kein Ende, Schwarze und andere Reichswehr, Panzerkreuzer und die Folgen, Neo-Militarismus*. Seine Herkunft hatte ihn jedoch nicht zum Pazifisten prädestiniert, stand die Familie gesellschaftlichen Kreisen des Offizierskorps nahe. „Die Laufbahn, sein Verhalten: nichts scheint ihn von unzähligen jungen deutschen Männern jener Zeit aus gutbürgerlichen – besser: großbürgerlichen – Verhältnissen zu unterscheiden.“<sup>15</sup> Es stellt sich ganz allgemeine die Frage nach den Beweggründen. Warum und auf welchem Wege vollzog Olden vermeintlich die Metamorphose vom „konservativen Adelszögling“<sup>16</sup> der Vorkriegszeit zum Pazifisten? Durch welche Positionen ist sein Pazifismus zwischen 1918 und 1933 gekennzeichnet?

Im Allgemeinen wird unter Pazifismus zunächst die Ablehnung von Krieg bzw. von (militärischer) Gewalt zur Erreichung eines politischen Ziels definiert. Er richtet den Fokus auf die Etablierung einer Ordnung, in der Konflikte friedlich, d.h. unter Ausschluss von Gewaltanwendung gelöst werden. Dies gilt sowohl innerstaatlich als auch in den internationalen Beziehungen. Pazifistische Traditionen, wie das Christentum, die Aufklärung oder der Sozialismus prägen unterschiedliche Strömungen.<sup>17</sup>

Das Nachdenken über Krieg und Frieden rückt grundsätzlich die Frage nach der Gewaltlosigkeit in den Mittelpunkt. Handelt es sich beim Pazifismus tatsächlich um eine Position, die Gewaltanwendung ausschließt? Dies ist zunächst eine begriffliche und weniger eine moralische Frage. Die Problematik bei der Definition von Pazifismus liegt aber in dem Umstand, dass sich die begriffliche Fragestellung durchaus normativ stellen lässt. Sie ist nicht ausschließlich deskriptiv zu

14 Kraus (1910): S. 3.

15 Berthold (1982): S. 6.

16 Finetti (1990): S. 2.

17 Vgl. Schmidt (2004): S. 526.

beantworten, da über die Verwendung des Begriffs keine Einigkeit besteht. Einerseits wird die Anwendung von Gewalt in allen Form abgelehnt, andererseits allein die kriegerische Gewalt verworfen oder die Überwindung des Krieges als politische Institution angestrebt, ohne in jedem Fall (kriegerische) Gewalt moralisch zu verurteilen. Dementsprechend kann zwischen einem engen, engeren und einem weiten Pazifismus-Begriff differenziert werden. Schließt ersterer Gewalt grundsätzlich unter allen Umständen aus, negiert der zweite die Anwendung kriegerischer Gewalt. Der weite Begriff sieht das Charakteristikum des Pazifismus in der Überwindung des Krieges als solchen.

Historisch war das Verhältnis von Gewaltanwendung und Pazifismus zu keiner Zeit ein unauflösbarer Widerspruch. Viele Personen sahen sich als Pazifisten oder wurden als solche bezeichnet, die keineswegs (kriegerische) Gewalt abgelehnt haben. Hier gilt es zwischen einem kategorischen und konditionalen Pazifismus zu unterscheiden. Letzter schließt die Anwendung von Gewalt nicht unbedingt aus. Hier ist zugleich die Unterscheidung zwischen Pazifismus als Konzept und als Begriff evident. Aus der Einsicht, dass in einem bestimmten Kontext die Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung des internationalen Rechts beispielsweise notwendig werden kann, folgt nicht die Zwangsläufigkeit, den Begriff des Pazifismus so zu definieren. Hinter dem Wort Pazifismus könnte durchaus ein anderes Konzept stehen, das diese Einsicht gerade nicht teilt. Dies trifft u.a. auf diejenigen Personen zu, die bereits zu Zeiten der Weimarer Republik als radikale Pazifisten bezeichnet wurden.<sup>18</sup>

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgten eine Mehrheit der Pazifisten das Ziel, Institutionen und Mechanismen in der internationalen Politik zu etablieren, die beständig zu einer Überwindung von Kriegen führt. Auf dem Weg dahin, galt Gewaltanwendung als nicht ausgeschlossen. Zur pazifistischen Position gehört seit jeher eine positive Vorstellung von gewaltfreier und rechtsstaatlicher Konfliktaustragung. Polizeiliche Gewalt im Sinne eines rechtserhaltenden bzw. rechtsdurchsetzenden Sinne wird als legitim betrachtet und nicht kategorisch ausgeschlossen. Der Weg in eine Welt, in der Kriege als dauerhaft überwunden gelten, kann jedoch unterschiedliche Ausprägungen haben: Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, Aufbau globaler Organisationen und Institutionen zur gewaltfreien Konfliktregelung oder gar Anwendung von militärischer Gewalt in Grenzfällen. Eint diese Positionen die prinzipielle Ablehnung des Krieges als legitimes Mittel in der (internationalen) Politik, so unterschiedlich kann deren theoretische Grundierung ausfallen. In diesem Kontext sind deontologische und konsequentialistische Anschauungen zu trennen. Letzteres fand sich insbesondere in den Ideen eines technologischen Pazifismus der 1960er bis 1980er Jahre. Krieg kann aufgrund der verfügbaren technischen Kapazitäten im Nuklearzeitalter nicht mehr gerechtfertigt werden. In einem weltweit herrschenden System der Bündnisse könne jeder Konflikt in eine Konfrontation der Atommächte enden, so die Annahme. Am Ende stehe die totale Zerstörung. Eine derartige Eskalation kann keinen rationalen Erwägungen folgen. Dieser Position folgend ist Krieg nicht akzeptabel. Nie wieder könnten Kriege

18 Vgl. Grotefeld, in: Strub/ders. (2007): S. 101–105.

realpolitisch legitimierbar sein. Der deontologischen Betrachtung gilt Krieg an sich als moralisch verwerflich, weil er den Menschen in dem, was ihn als solchen charakterisiert, nicht anerkenne. Die Tötung unschuldigen Lebens wäre nicht zu rechtfertigen. Im Krieg werde dem Soldaten aber diese Handlung aufgezwungen. Sie liege nicht in seinem eigenen Verantwortungsbereich. Im Lichte dieser Vorstellung können (gewaltsame) Notwehrhandlungen jedoch eine Legitimität erfahren.

Innerhalb des deontologischen Prinzips tritt eine für den Fortgang der Untersuchung weitere wichtige Unterscheidung zutage.<sup>19</sup> Zu differenzieren sind zwei Typen pazifistischen Denkens. Stellt der Mittelpazifismus „die Frage der Gewalt als (illegitimes) Mittel zur Erreichung eines friedvollen Miteinander ins Zentrum“, betrachtet der Zielpazifismus „die Frage nach Gestalt und Form des friedvollen Miteinanders“<sup>20</sup>. In der Regel treten sie nicht idealtypisch, sondern miteinander verbunden auf. Entscheidend ist die Frage nach dem Schwerpunkt: Wo lag dieser beim Pazifismus Oldens und welche Position nahm er in Bezug auf die Frage nach der Gewaltanwendung ein?

In der Historischen Friedensforschung hat in den letzten Jahren eine gewisse Perspektivverschiebung stattgefunden. Kriegsursachenforschung, die Analyse historischer Friedensbewegungen und innerstaatlicher Konflikte, die Militärgeschichtsforschung sowie Fragen von Rüstung und Abrüstung prägten u.a. das Forschungsfeld. Neben der Frage nach sozialen Voraussetzungen von Friedensfähigkeit bzw. Gewaltbereitschaft war die Vermittlung von Forschungsergebnissen im Rahmen der Friedenserziehung relevant. Gegenwärtig haben neue biographische Zugänge Konjunktur, die sich dem Wirken einzelner Pazifisten annehmen und danach fragen, „wie friedenspolitisches Handeln vor dem Hintergrund regionaler wie globaler Konflikte heute aussehen könnte“<sup>21</sup>.

Bestimmend in der Weimarer Friedensbewegung waren im Allgemeinen folgende Fragestellungen, die, so die Annahme, wesentlich das Bild des Pazifisten Olden mitbestimmten. Aus welchen Gründen gelang es dem Vorkriegspazifismus nicht, den Weltkrieg zu verhindern? Wie kann ein erneuter Weltkrieg zukünftig verhindert werden? Und was muss sich innenpolitisch in der Weimarer Republik im Vergleich zum Kaiserreich ändern, sodass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann?<sup>22</sup>

Bis zum Ersten Weltkrieg war die gemäßigte, bürgerlich-liberale Ausrichtung des Pazifismus, die als kosmopolitisch, idealistisch und emanzipatorisch galt, die einzige pazifistische Richtung in Deutschland, die einen kleinen Kreis von Anhängern organisieren konnte.<sup>23</sup> Seit Beginn der Weimarer Republik und dem verstärkten Interesse am Pazifismus als Resultat des Weltkrieges wurde er vielfältiger. Die neue Anhängerschaft aus der unteren Mittelschicht beendete die soziale sowie

19 Vgl. Strub/Bleisch, in: dies. (2006): S. 15–25.

20 Kater (2006): S. 94.

21 Vgl. Lütgemeier-Davin (2013): S. 7; Kloft (2011).

22 Vgl. Holl (2002): S. 273. Für Holl sind dies Fragen in der pazifistischen Nahperspektive. In der Fernperspektive gilt es generell danach zu fragen, wie der Krieg endgültig aus dem Leben der Völker verbannt werden könne.

23 Vgl. Harth u.a. (1985): S. 25.

politische Homogenität des Pazifismus. Der traditionelle links-liberale Honoratio-Pazifismus stellte nur noch eine Minderheit dar.<sup>24</sup> Politisch blieb ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen folgenden Konzeptionen:

Einerseits aktive Friedenssicherung durch internationale Kooperation, Abrüstung und eine Abkehr von der traditionellen militärischen Drohpolitik, andererseits Verständigungspolitik mit der Absicht, möglichst bald zur reinen Politik der militärischen Machtsicherung zurückzukehren.<sup>25</sup>

Es gilt zwischen einem organisatorischen (gemäßigten) und einem radikalen Pazifismus zu unterscheiden. Friede durch Recht steht Friede durch die Tat gegenüber.<sup>26</sup> So suchte der gemäßigte Pazifismus z.B. im Völkerbund die entscheidende Institution zur Sicherung des Friedens. Er richtete sein Interesse auf eine verbesserte Funktionalität des Völkerbundes und auf einen Ausbau des Völkerrechtes. Dieser konnte zugleich eine nicht-kategorische bzw. verantwortungsethische Ausformung im Sinne einer konditionalen pazifistischen Position haben. Für den radikalen Pazifismus war dagegen z.B. der Generalstreik oder die massenhafte Kriegsdienstverweigerung der erfolgversprechendere Weg zur Verhinderung von Kriegen.<sup>27</sup>

In dieses Umfeld des pazifistischen Aufbruchs seit 1918 trat Rudolf Olden: Inwiefern kann er aufgrund seiner pazifistischen Positionen in die Dichotomie zwischen gemäßigtem und radikalem Pazifismus eingeordnet werden? In welche Netzwerke war er eingebunden? Wirkte er an inhaltlichen und/oder organisatorischen Kontroversen innerhalb der jeweiligen sowie zwischen den unterschiedlichen Strömungen mit? Wie repräsentativ war im Lichte der Weimarer Friedensdebatte sein Pazifismus? Herkunft und Erziehung sowie der rasante Aufstieg in die Chefredaktion des *Berliner Tageblatt*, dem Flaggschiff des liberal-demokratischen Meinungsspektrums in Weimar, stützen die Hypothese, dass Olden stärker dem gemäßigten Pazifismus bürgerlich-liberaler Provenienz zuzuordnen ist. Zudem war dieser bis zur Mitte der zwanziger Jahre dominierend.

Gegen Ende des Jahrzehnts verstärkte die beginnende Weltwirtschaftskrise und die Polarisierung des politischen Systems radikalere Spielarten des Pazifismus, sodass zu Beginn der 1930er Jahre radikaler und gemäßigter Pazifismus unvereinbare, politische Teilkulturen bildeten.<sup>28</sup> Der zu beobachtende Radikalisierungsprozess der Friedensbewegung lässt die Frage zu, ob Oldens pazifistische Einstellungen im Laufe der zwanziger Jahre eine Veränderung erfuhren? Damit verknüpft bleibt die Frage nach der Einordnung seiner Positionen in die Dichotomie zwischen gemäßigter und radikaler Spielart. Können für einen möglichen Einstellungswandel ursächliche Ereignisse identifiziert werden?

Ruft man sich noch einmal den eingangs zitierten Nachruf von Kurt Hiller in Erinnerung, so zielte dieser auf die Geistigkeit Oldens ab, ein Attribut, dessen Zuschreibung aus heutiger Perspektive nicht ganz einfach zu fassen ist. Blickt man in

24 Vgl. Holl (1988): S. 143f.

25 Lütgemeier-Davin (1990): S. 187.

26 Vgl. Lütgemeier-Davin (1982): S. 15–17.

27 Vgl. Holl (1988): S. 146f.

28 Vgl. Holl (1988): S. 194; Wette (1991): S. 94f.

den historischen Kontext zurück, könnte ersichtlich werden, auf welcher Ebene der Biographie, über den Pazifismus hinaus, noch zu begegnen sein kann. Dies führte den Betrachter an die Schwelle der Formierung einer sozialen Gruppe zu Beginn der Weimarer Republik, die gegenwärtig als Intellektuelle definiert werden, gelten die 1920er Jahre grundsätzlich als eigentliche Geburtsstunde eines derartigen Bewusstseins.

Durch die *Betrachtungen eines Unpolitischen* von Thomas Mann wurde bereits im Kontext des Ersten Weltkrieges diese Thematik unter dem Stichwort einer geistigen Mobilisierung problematisiert, der Intellektuelle als Zivilisationsliterat und Symbol westlich-demokratischer Ideen stigmatisiert. Demokratisierung und Intellektualisierung Deutschlands galten als „Entdeutschung“<sup>29</sup>. Der soziale Wandel nach Ende des Krieges katalysierte diese Entwicklung mit Blick auf den Intellektuellen-Begriff. Das Bildungsbürgertum verlor an repräsentativer bzw. legitimatorischer Relevanz:

In Bedrängnis geraten die Mandarine nicht, weil ihre Herrschaft, sondern weil die Basis der Herrschaft zusammengebrochen ist. Die bürgerliche Demokratie der Weimarer Zeit hatte für die untertanenwirksamen Bekenntnisse der Unpolitischen keinen Bedarf mehr.<sup>30</sup>

Sie schworen jedem eingreifenden Denken ab. Eine Selbstbehauptung des Intellektuellen-Bewusstseins war durch die Krise determiniert, aus der sie entstanden war. Eine intellektuelle Identität konnte in der Weimarer Republik nicht entwickelt werden.<sup>31</sup> Bis zur politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit drangen ihre Diskurse nicht durch. Man arbeitete sich stärker am Konzept des intellektuellen Gegners ab. Eine klare und eindeutige Zuordnung als linker und rechter oder liberaler und konservativer Denker ist nicht mehr ohne weiteres möglich. Die gängigen Polarisierungen erweisen ihre Unbrauchbarkeit. Vielmehr kann von einem breiten Spektrum an möglichen Positionen gesprochen werden, das von „normativer Eindeutigkeit“ bis hin zu einem „spielerischen Intellektualismus“<sup>32</sup> gespannt werden kann. Der Begriff Intellektueller stand im Zentrum dieser ideologischen Auseinandersetzung. Persönlich wies man ihn von sich, um den Gegner zu brandmarken. Intellektueller galt als Schimpfwort und war selbst in der demokratischen Mitte tendenziös negativ konnotiert.

Aus diesem Kontext heraus scheint eine direkte Zuschreibung für Olden als Intellektueller nicht erwartbar. Jedoch wurde damals versucht, ein terminologisches Desiderat zu schaffen, ein positiv besetztes Ersatzwort. So liest man beispielsweise bei Heinrich Mann:

Wenn trotz Hindernissen und Rückfällen ohne Zahl dennoch sittliche Fortschritte erreicht sind und der immer wieder versuchte Zweifel, ob sittliches Handeln der Natur des Menschen ent-

29 Mann (1983): S. 60.

30 Habermas (1981): S. 462.

31 Vgl. Gangl/Raulet (2007): S. 14.

32 Bialas (1996): S. 19.

spricht, heute nicht mehr geduldet zu werden braucht, wem ist es zu danken? Doch einzig und allein jener Menschenklasse der Geistigen, die sich empören können.<sup>33</sup>

Die *Weltbühne* formulierte ähnlich:

Es ist mal wieder Zeit, Geistige und Intellektuelle zu unterscheiden. Geistige dienen aus innerem Zwang, sittlichen Ideen; Intellektuelle handeln, je nach Bedarf, mit allen Ideen. Geistige sind gütig, klug, heiter, energisch; Intellektuelle verfeinert-brutal, gewiegt, finster oder blendend, rabiat. Geistige, getrieben vom Gefühl der Verantwortung für Alle, stürzen sich in die Politik und harren zäh darin aus; Intellektuelle, nur einem Kitzel nachgebend, schliddern für höchstens ein paar Wochen hinein. Kurz: Geistige sind Erlöser – auch wenn ihr Erlösungsplan scheitert –; Intellektuelle sind nichts.

Diese Vorstellung von Geistiger bzw. geistiger Mensch verknüpfte man u.a. mit der Eigenschaft pazifistisch.<sup>34</sup> Die Ersatzworte sollten aber nie eine feste Substanz erreichen. Kann Olden letztlich mit seiner Idee des Pazifismus als (politischer) Intellektueller wahrgenommen werden? Dies gilt es zu prüfen, gehörte er doch selbst, wie noch zu zeigen sein wird, im Umfeld der *Weltbühne* bzw. der *Deutschen Liga für Menschenrechte* jenen Gruppierungen an, die eine aktive Friedenspolitik verfolgten und durch Intellektuelle wie Ossietzky und Hiller geprägt waren. In diesem Kontext muss der Fokus zugleich auf der Denkentwicklung seines Pazifismus und deren politischer Bedeutung im Weimarer Umfeld liegen. Woraus speiste sich sein Pazifismus? Welche ideengeschichtlichen Prägungen und Einflüsse von anderen Autoren beeinflussten seine Vorstellungen einer friedlichen Gesellschaft zwischen 1918 und 1933?

Olden als intellektuelle Figur ist letztlich aber nicht als Einheit beschreibbar. Verschiedene Zugänge bzw. Rollenbilder charakterisieren seine Person. Diese sind unter gewisse Überschriften setzbar, zumal mit ihnen spezifisches Handeln oder gar Brüche sichtbar werden. Ideengeschichte wird durch Menschen betrieben, die innerhalb eines jeweiligen zeithistorischen Kontextes unterschiedlich agieren. In einer historischen Phase ideengeschichtlicher Orientierungssuche lassen sich die jeweiligen Diskurse besser anhand einzelner intellektueller Figuren und deren Schriften darstellen. Dies gilt nicht zuletzt für die friedenspolitische Neukonzeption des Pazifismus nach 1918 und der Rolle Oldens darin, sodass seine allgemeine Charakterisierung, Teil eines politischen Denkens in Umbruchzeiten zu sein, um einen ideengeschichtlich, intellektuellengeschichtlichen Zugang zentriert wird. Dessen grundsätzliches Schema fand sich zeitgenössisches bereits bei Hermann Heller operationalisiert.<sup>35</sup> Der Entscheidung für die Analyse seiner Lebensphase in der Weimarer Republik liegt weiter folgende Überlegung zugrunde.

33 Vgl. Bering (2010): S. 263. Folgendes Zitat ebd., S. 268.

34 Vgl. ebd.: S. 271. Besonders deutlich wird dies exemplarisch bei Thomas Mann, der in seinem Beitrag *Dem Andenken Carl von Ossietzkys* von der „Gruppe pazifistisch gesinnter Intellektueller“ (S. 146) in der Weimarer Republik schrieb, die für Weltfrieden, Kooperation der Völker und Abrüstung kämpfte. Oldens persönliche Verbindungen zu Ossietzky werden an anderer Stelle ausführlich thematisiert.

35 Zum näheren Verständnis von Hellers Ideengeschichte in „Die politische Ideenkreise der Gegenwart“ vgl. S. 14f.; Dies steht argumentativ in Verbindung mit den Ausführungen zu einem produktiven Eklektizismus, vgl. S. 11–13.

Zunächst stellte der Erste Weltkrieg eine Zäsur für den deutschen Pazifismus dar. Die Zeitgenossen gingen nach 1918 davon aus, dass der Pazifismus „integrales Element einer neuen politischen Kultur im Rahmen der demokratischen Republik“<sup>36</sup> sein könnte. Stärker als zuvor im Kaiserreich wurde die Entwicklung des politischen Systems kritisch begleitet, beispielsweise im Feld der militärischen Sicherheitspolitik, sodass die Friedensdebatte der Weimarer Jahre inhaltlich betrachtet, als äußerst fruchtbar und kontrovers geführt beschrieben werden kann.<sup>37</sup> Mit der gezielten Vernichtung und Verfolgung des Pazifismus nach 1933<sup>38</sup> war dies in einem ähnlichen Umfang nicht mehr möglich, nicht zuletzt durch die Vertreibung führender Pazifisten ins Exil. Auf der persönlichen Ebene war die Erfahrung des Ersten Weltkrieges und der Zusammenbruch alter gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen ebenfalls ein entscheidender Einschnitt. Diese erste Wendung im Leben Oldens wird mit Blick auf seine politischen Ansichten und Einstellungen als radikal<sup>39</sup> beschrieben. Das Jahr 1933, so die Annahme, stellt durch die Exilerfahrung eine zweite Wende dar, wengleich vor der „Gefahr einer künstlichen Konstruktion von Brüchen oder Kontinuitäten“<sup>40</sup> durch den Biografen zu warnen ist. Schließlich werden Historische Friedensforschung und Intellektuellengeschichte in der intellektuellen Biographie Rudolf Oldens verknüpft.

## 1.2 METHODIK UND AUFBAU

Biographien stellen eine Form der „selektiven Vergegenwärtigung dar“<sup>41</sup>. Ihr Zugang ist eine deskriptive Bilanz. Objektivität kann nicht erwartet werden, hängt sie stets von der Perspektive des Biographen ab. Aus unterschiedlichen Gründen ist sie ebenfalls durch Auslassungen gekennzeichnet. Bereits die Fragestellung wirkt bescheidend. Das biographische Bild dokumentiert den Blick durch die Lupe, die das in Quellen sichtbare vergrößert. Auslassungen sind schließlich keine Verzerrungen. Wenn sie gezielt vorgenommen werden, sind sie gleichsam konstitutiv. Für die Bewertung der Biographie ist ihr interpretierendes Verständnis notwendig.<sup>42</sup> Man bewegt sich in der Sphäre aus Motiven, Optionen und eben Interpretationen. Die intellektuelle Biographie Oldens vermeidet den Versuch, sein Leben zu erklären. Vielmehr beschreibt und erzählt sie, da „je nachdem, wann und wem und in welchen Situationen wir erzählen, erzählen wir unser Leben anders.“<sup>43</sup> Eine Kausalität wird ausgeschlossen. Zahlreiche Faktoren können, unter gegebenen Umständen und sich ändernden persönlichen Motiven, auf Olden eingewirkt haben;

36 Holl (1988): S. 138.

37 Vgl. Lipp (2010): S. 119f.

38 Vgl. Holl (1988): S. 204ff; Holl (1990): S. 276ff.

39 Vgl. Wehrmann (1984): S. 1; Finetti (1990): S. 2–3; Brinson/Malet (1994): S. 9; Müller (1999): S. 506.

40 Hofmann (2014): S. 3–4.

41 Etzemüller (2012): S. 55.

42 Vgl. Etzemüller (2012): S. 102–117.

43 Safranski (2014): S. 3.

zwangsläufige Ursachen für seine Hinwendung zum Pazifismus werden nicht angenommen.

Eine explizite Methode zur Erarbeitung einer Biographie im Kontext der Politikwissenschaft gibt es nicht. Ohnehin ist das Fach durch eine Marginalisierung der einzelnen Persönlichkeit gekennzeichnet, auch „wenn sich ein tieferes Verständnis intellektueller Prägungen und ihrer Wandlungen kaum hinreichend über quantitativ messbare Indices oder Umfragewerte gewinnen“<sup>44</sup> lässt. Selbst die Geschichtswissenschaft spricht von einer gewissen Theorieabstinenz im biographischen Zugang: „Diese gereicht forschungsstrategisch der Biographie aber insofern zum Vorteil, als bei der kreativen Konstruktion des Lebens einer Person ein produktiver Eklektizismus zum Tragen kommt.“<sup>45</sup> Eine personalisierte Ideengeschichte, die politisches Denken mit Individualbiographie und geschichtlicher Entwicklung zu verknüpfen<sup>46</sup> sucht, bestimmt letztlich die Herangehensweise. Ohne einen grundlegenden methodischen Eklektizismus, der für eine historisierende Arbeit als notwendig betrachtet wird, ist eine intellektuelle Biographie nicht zu schreiben. Der Verfasser trifft stets eine Auswahl in Bezug auf das Material, welches herangezogen wird. Zum Teil geben die Quellen selbst inhaltliche Stichworte und Strukturen (Kindheit, Jugend etc.) vor, anhand dessen das Material aufzubereiten ist. Dabei gilt es sich vom Vorwurf der Beliebigkeit und Unverbindlichkeit frei zu machen und den Eklektizismus sowohl methodisch als auch inhaltlich-argumentativ konkret zu definieren und zwar als eine Denkfigur innerhalb der europäischen Geistesgeschichte. Dies geschieht mit dem Ziel einer Verknüpfung der beiden Ebenen. Als Journalist steht Olden stärker für eine bildungsbürgerlich, schöngeistige Argumentation seines politischen Kommentars, was letztlich seine Form der Zeitdiagnose umreißen wird. Der Reiz einer ideengeschichtlich-wissenschaftlichen Arbeit über Rudolf Olden liegt nicht zuletzt in der Rekonstruktion der Vielfalt politischer Ideenströmungen, von denen er beeinflusst wird und die er produktiv in seine journalistischen Deutungen einbringt.

Eklektizismus steht im Folgenden für „freies Problematisieren und hermeneutische Erörterung“<sup>47</sup> als eine geistige Haltung, in deren Mittelpunkt ein kritischer Geist die Dinge experimentell zu assoziieren versucht. Seine Stärke liegt in der historischen Unabhängigkeit gegenüber der (ideengeschichtlichen) Vergangenheit, zwischen deren (philosophischen) Systemen letztlich eine Vermittlung bzw. Kombination mit Blick auf die Gegenwart angestrebt wird. „Das Feld der Problematisierung ist nicht das einer spekulativen Dialektik von Geist und Zeit, sondern das Feld des Zweifels an der direkten und absoluten Absicht des philosophischen Vernunftglaubens.“ Im Zeitalter politischer Großideologien nach 1918 wird dem eine besondere Bedeutung beigemessen und an Rudolf Olden herauszuarbeiten sein.<sup>48</sup>

44 Gallus (2009): S. 387.

45 Pyta (2009): S. 332.

46 Vgl. Gallus (2009): S. 382f.

47 Schneider, in: Steffens (1992): S. 201. Folgendes Zitat ebd., S. 210f.

48 Der philosophische Eklektizismus „erscheint aber immer wieder als eine Form der Philosophie, die besonders in schwierigen Phasen der Geistesgeschichte, in Zeiten dogmatischer Verhärtung, manifest wird.“ (Ebd., S. 223)

Respekt vor der Tradition als Argument gegen die Moderne sowie gleichzeitig über das Vergangene mit der Absicht hinausgehen, es im Zuge der Aktualität zu begreifen, markiert das Verständnis eines produktiven Eklektizismus an dieser Stelle. Der Auswahl aus Gegebenem geht so auch immer eine Auslegung und Interpretation, in diesem Falle des Pazifismus durch Olden, voraus. Hier zeigt sich ein Moment der „Unterbrechung der dogmatischen Tradition, ihrer praktischen Umsetzung oder ihrer Neuorganisation nach Maßgabe der philosophischen Gegenwart“<sup>49</sup> im Sinne der angedeuteten Orientierungssuche am Ende des Ersten Weltkrieges. Versöhnung bzw. Vereinigung bilden die Schlüsselbegriffe eines eklektischen Sowohl-als-auch, wobei dies die Anerkennung von Verschiedenheiten voraussetzt. Es findet zugleich eine (Selbst-) Reflexion statt, was ein „Stück intellektueller Selbsterkenntnis bzw. -entfaltung“<sup>50</sup> darstellt. Nicht die Verfolgung revolutionärer Ziele steht im Vordergrund, sondern das Erreichen reformatorischer Fortschritte. Dies geht optimistisch mit der Überwindung jeglicher politischen Dogmatik einher. Das eigene Nachdenken „geschieht jeweils in Richtung auf einen zu leistenden Ausgleich/Kompromiß.“ Damit ist das Wort eines (produktiven) Eklektizismus abschließend mit Bedeutung gefüllt und erklärt. Von hier aus wird die Rolle Oldens als pazifistisch gesonnener Journalist und Bildungsbürger weiter charakterisiert werden.<sup>51</sup> Zugleich weisen jene Festlegungen auf das Verständnis einer Ideengeschichte hin, das mit Hermann Heller weiter operationalisierbar ist und zur näheren Beschreibung der historischen Figur Olden wird beitragen können. Doch zuvor rückt methodisch die im Bereich der Geschichtswissenschaft angesiedelte Cambridge School in den Mittelpunkt.

Der 1969 von Quentin Skinner veröffentlichte methodologische Aufsatz *Meaning and Understanding in the History of Ideas* sowie sein umfang- und einflussreiches Buch *The Foundations of Modern Political Thought* aus dem Jahre 1978 bedeuteten eine Neubegründung der politischen Ideengeschichte. Die sogenannte *Cambridge School of Intellectual History* stellt bis heute eine Alternative zur begriffsanalytischen politischen Philosophie dar. Die Intellectual History geht von der Grundannahme aus, dass klassische Werke der (politischen) Philosophie, politische Traktate, Texte und Artikel usw. stets aus ihren zeitgenössischen Debatten heraus verstanden und interpretiert werden müssen. Dabei ist der Bezug bzw. das Verhältnis zu anderen, dem Diskurs zugehörigen Texten, essentiell. Die Interpretation von Texten müsse auf zwei Ebenen stattfinden: Erstens gelte es, die semantische Bedeutung zu erfassen, zweitens die Motivlage zu ergründen. Skinner spricht von den beiden Aspekten der auktorialen Intention. Es geht darum, herauszufinden, was der Autor mit seinem Text zu sagen beabsichtigte, aber sich ebenso zu vergegenwärtigen, wie er seine Argumente und Aussagen gemeint hat. Entscheidend ist das Verständnis dafür, warum in einem Text eine Behauptung aufgestellt worden ist, bevor wir die Aussage selbst verstehen können. Äußerungen in einem bestimmten Text sind als (persönliche) Standpunkte innerhalb eines expliziten Diskurses zu ver-

49 Schneider, in: Steffens (1992): S. 214.

50 Hellenthal (1993): S. 85. Folgendes Zitat ebd., S. 88.

51 Vgl. Schneider, in: Steffens (1992): S. 208–221; Hellenthal (1993): S. 84–89.

stehen.<sup>52</sup> In erster Linie geht es im Sinne der zweiten Ebene auktorialer Intention „um ein Geflecht von wechselseitigen Beziehungen und Einwirkungen zwischen einem Text und gewissen anderen Texten“. Zum Verständnis bedarf es der Rekonstruktion von intertextuellen und kontextuellen Zusammenhängen. So ist die auktoriale Intention feststellbar. Die Beiträge Oldens gilt es zunächst so zu kontextualisieren, dass ihre Stoßrichtung innerhalb eines bestimmten Diskurses sichtbar wird. Der Kontext fungiert als Entscheidungsinstanz.

Problematisch ist allerdings die Zuschreibung bzw. Identität von Diskursen allein durch sprachliche Merkmale. Der Sprache wird eine zu stark erklärende Bedeutung beigemessen, d.h. Autoren können nicht nur einer politischen Sprache zugeordnet werden. Vielmehr kombinieren sie Argumente unterschiedlicher Art. Der Diskurs wird als eine Verknüpfung von Texten definiert. Die Verengung auf einen allein sprachlichen Kontext erscheint letztlich kritikwürdig, da eine Vielzahl von Kontexten möglich ist. Insofern bleibt Skinners Kontextbegriff unscharf, wenn er Texte ausschließlich vor deren intertextuellen Kontext liest. Dies muss den Hintergrund für die Erschließung der Beiträge und deren Verständnis bilden. Die Verknüpfung von politischen Ideen zeigt ein Problembewusstsein des Autors, seine Motivlage. Praktisch erfolgt eine Anregung. Er steht bereits in einem diskursiven Zusammenhang mit unterschiedlichen ideengeschichtlichen Einflüssen, denen er sich bedient. Es bleibt die textzentrierte Frage nach der Urheberschaft, die an Oldens Beiträge zu richten ist. Gleichzeitig findet dadurch eine Rezeption statt. Auch er unternahm zunächst eine persönliche Auslegung von Texten, was ihn selbst zum Rezipienten machte. Beides in Verbindung betrachtet, ermöglicht das Verständnis seiner ideengeschichtlichen Perspektive. Wie ein späterer Text einen früheren rezipiert, ist entscheidend. Da jede Rezeption den Sinn des rezipierten Textes im Rahmen der eigenen Problemlage verschiebt, wird der Autor selbst Produzent einer neuen politischen Idee, die selbst wiederum eine Rezeption erfährt.<sup>53</sup> Primär werden die zahlreichen Artikel und Kommentare, die Olden zwischen 1918 und 1933 in unterschiedlichen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht hat, mittels einer immanenten Methodik analysiert und eingeordnet, auch wenn der Kontext seine Bedeutung an sich nicht verliert. Er wird jedoch nicht rein linguistisch verstanden. Als zeithistorische Kategorie behält er seine Bedeutung. Dokumente aus seinem persönlichen Nachlass sowie den Nachlässen von Zeitgenossen dienen in Ergänzung der Rekonstruktion der Motivlage. Welchen Wert die Autoren-Intention zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragestellungen überhaupt hat, bleibt fraglich. So lassen sich seine Texte und Beiträge zwar linksliberal interpretieren, aber ob dahinter eine entsprechende Intention stand, muss fraglich bleiben.<sup>54</sup> An diesem Punkt gilt es, die Ideenkreise Hermann Hellers mit jener operationalisierten Anlage von Intellectual History zusammenzuführen und für die intellektuelle Biographie Oldens argumentativ fruchtbar zu machen.

52 Vgl. Heinz/Ruehl (2009): S. 253ff. Folgendes Zitat ebd., S. 14.

53 Vgl. Llanque (2008): S. 3–9.

54 Vgl. Olesen, in: Busen/Weiß (2013): S. 54–59.

Hellers ideengeschichtliche Argumentation formulierte den Anspruch, in das „chaotische Durcheinander der entgegengesetztesten Behauptungen, Forderungen, Schlagworte und Aktionen“<sup>55</sup> Struktur zu bringen. Politische Ideen haben darüber hinaus in seiner Vorstellung immer gesellschaftliche Wirksamkeit. Ausgehend von dieser Beobachtung versuchte Heller allerdings nicht die eine dominierende Idee für die Gegenwart zu begründen. Vielmehr ging es ihm um eine schlüssige Verknüpfung von Ideen, um Pluralität. Zu unterscheiden seien fünf Ideenkreise: der monarchische, der demokratische, der liberale, der nationale sowie der sozialistische. Ihre gemeinsame Wurzel liege gerade in der Suche nach einem Ordnungsprinzip („ordre naturel“) für die Gesellschaft. Sie bedingen sich gegenseitig, greifen ineinander und konkurrieren letztlich aber im tagespolitischen Kampf um die Auslegung des ordre naturel. Vor allem darin sah Heller den Kern der politischen Konflikte innerhalb der Republik.

Alle fünf Ideenkreise böten verschiedene Lösungen an, um die ordre naturel zu realisieren. Jedoch seien gleichzeitig alle darauf angewiesen, Elemente anderer aufzunehmen. So wird beispielsweise der Liberalismus „in der Idee individueller Menschenrechte fortbestehen müssen, oder aber die Gesamtkultur löst sich auf.“<sup>56</sup> Aus eigener Kraft vermag er keine politische Mobilisierung mehr zu erreichen, war der Ansehensverlust des Parlamentarismus in Weimar zu groß. Angesichts der Erfahrung des Weltkrieges müsse die Nationalidee z.B. in einer umfassend europäischen Ordnung aufgehoben werden. Insgesamt diagnostizierte Heller eine „Krise der rationalistischen Politikmittel“, ein Befund, den Olden später in Bezug auf den Nationalsozialismus ebenfalls vornehmen wird. Letztlich, so Heller, entscheide die avisierte ordre naturel, wie plausibel und akzeptabel jene Mittel und Institutionen sind, die aus ihrem politischen Denken heraus Handlungsvorschriften aufstellen. Die Krise der parlamentarischen Demokratie fußte so, in der Anschauung Hellers, auf der Krise rationaler, politischer Instrumente: Verfahren, Kompromisse, Mehrheitsentscheidungen und Rechtsstaatlichkeit galten als verbrämt. Um die innergesellschaftlichen Probleme in Zukunft bewältigen zu können, brauche es die Kooperation der unterschiedlichen Ideenkreise. Ihr volles Potenzial könnten sie nur in einer Verknüpfung erreichen, so die ambitionierte ideengeschichtliche Argumentation Hellers, die in der Gesamtschau für Oldens Gegenwartsanalyse ebenfalls typisch sein wird. Auf eine Erweiterung der ideengeschichtlichen Erkundung staatsrechtlicher Begriffe wird Olden aber im Gegensatz zu Heller verzichten.<sup>57</sup> Ohnehin erfolgt der Rückgriff auf Heller stärker unter dem Aspekt der Einordnung von Oldens journalistischer Arbeit insgesamt und deren ideengeschichtlichem Gehalt. Sollte er selbst explizit auf den Juristen und Staatsrechtler verweisen, wird dies im Laufe der weiteren Ausführungen darzustellen sein.

Die Frage der Intellektualität bezieht sich zunächst auf eine anwendungsorientierte Definition. Zeitgenössische Bestimmungen werden aufgrund ihrer negativen Konnotation und ideologischen Aufgeladenheit als unbrauchbar angesehen. Grund-

55 Heller (1926): S. 269. Folgendes Zitat ebd., S. 281.

56 Llanque, in: Ders. (2010): S. 97. Folgendes Zitat ebd., S. 99.

57 Vgl. Schluchter, in: Müller, C./Staff (1985): S. 29–31; Ebd., S. 95–100.

sätzlich erfolgt eine wertneutrale Festlegung des Intellektuellen, die nicht durch inhaltliche Aussagen oder gesellschaftliche Funktionen determiniert ist. Parallel dazu ist der Begriff von der Selbstzuschreibung der Akteure zu lösen. In einer vergleichenden Studie von Stefan Collini über die Intellektuellen in Großbritannien kann eine derartige Definition vorgefunden werden. Sie ist zugleich durch vier Merkmale beschrieben. Erstens müsse der Intellektuelle sich durch angesehene Leistungen in seinem jeweiligen Betätigungsfeld auszeichnen. Dabei bedarf die Wertschätzung den Bezug zu seiner kreativen, analytischen oder wissenschaftlichen Fähigkeit. Sein Publikum sollte der Intellektuelle zweitens über Kanäle bzw. Medien erreichen, die nicht nur von seinen Fachkollegen gelesen bzw. konsumiert werden. Die Breite im medialen Zugang in der öffentlichen und gesellschaftlichen Wahrnehmung ist entscheidend. Dies korrespondiert drittens mit dem Element einer erfolgreichen Artikulation von Interessen bzw. Problemlagen, die sein Publikum bewegt. Letztlich braucht es die gesellschaftliche Reputation, Konstruktives zu (politischen) Herausforderungen sagen und schreiben zu können. Eine Einschränkung auf das Feld des Politischen erscheint darüber hinaus sinnvoll, auch wenn Collini selbst von *general concerns* spricht.<sup>58</sup> Dies muss im Zusammenspiel mit dem sozialen Diskussionsmilieu und der Rolle des einzelnen Intellektuellen kombiniert werden.

Im Intellektuellenmilieu werden die Ideen nicht nur produziert, entwickelt bzw. gedacht, sondern der Versuch einer Durchsetzung unternommen. Sie suchen nach geeigneten Organisationsformen, um diese zu verbreiten. Damit werden die Intellektuellen zum Protagonisten. Beides fällt in einer Person zusammen. Innerhalb ihres sozialen Umfelds agieren sie als Produzenten und Protagonisten von (politischen) Ideen.<sup>59</sup> Die öffentliche Praxis bzw. das reale Handeln rückt in den Mittelpunkt. Ein individuelles Krisenempfinden gibt zunächst Anlass dafür, Kritik zu üben. Die sich womöglich nur anbahnende Bedrohung des öffentlichen Konsenses verlangt letztlich eine konkrete Ausdeutung. Der Intellektuelle als Protagonist der Öffentlichkeit wähnt sich von daher im Besitz einer erfolgreichen Krisenlösungsstrategie, an deren Ende eine neue Routine gesellschaftlicher Werthaltung steht.<sup>60</sup> Olden wird mit seiner Vorstellung von Pazifismus daran zu messen sein. Die Organisation politischer Öffentlichkeit für den einzelnen Intellektuellen ist durch Kritik und Teilhabe gekennzeichnet. Es erfolgt eine Infragestellung der politischen und/oder sozialen Ordnung, die systematische Reflexion des eigenen Denkens und Handelns sowie die gezielte politische Einflussnahme durch das Knüpfen von kommunikativen Netzwerken oder der Übernahme konkreter politischer Mandate in Re-

58 Vgl. Collini (2006): S. 52.

59 Vgl. Bluhm/Reese-Schäfer (2006): S. 7.

60 Vgl. Franzmann (2004): S. 15–19. „Der Intellektuelle ist insofern charismatisierungsbedürftig, als er in seinem Rasonnement ein Krisenlösungsversprechen abgibt, für dessen Gelingen er noch keine rationalen Gründe anführen kann. Er braucht eine Quelle der Charismatisierung. Erst im bedingungslosen Glauben an diese Quelle gewinnt er die vorgreifende Souveränität, die er zur Entwicklung eines konkreten Krisenlösungsversprechens benötigt und ihn sein öffentliches Propagieren durchhalten lässt.“ (Ebd., S. 17)

gierung, Parlament oder Verwaltung. Kritik und Mandat stehen in temporärer und situativer Wechselwirkung.<sup>61</sup> Sie dienen zugleich als Einordnungskriterium.

Als Wissenschaft zielt man zwar auf eine Definition *des* Intellektuellen. Diese erfolgt jedoch nicht ad hoc. Was der Begriff einschließt, kann verschiedene Dimensionen umfassen. Die soziale wie politische Positionierung ist entscheidend. Die Tätigkeit des Definierens ist integraler Bestandteil des Intellektuellendiskurses. Dies sollte bei der Beantwortung der Frage, ob Olden ein Intellektueller ist, zu denken geben, erweist sich das Durcharbeiten anhand unterschiedlicher Personen und Milieus als eine permanente Festsetzung neuer Definitionen. Weist dies auf eine Identitätskrise des Intellektuellen hin, auf eine Krise seiner politischen wie sozialen Positionierung? Mit jeder weiteren Definition, die im Interesse der Identitätsfindung gesetzt wird, bekommt der Begriff neue „Bedeutungstrabanten“. Somit ist er einer starken Dynamik unterworfen. Gleichzeitig ist ein Hang zur Verallgemeinerung eines singulären Falles (Dreyfus-Affäre) festzustellen.<sup>62</sup> Was allerdings unter „einem Intellektuellen verstanden wird, ist niemals von vornherein festgelegt, sondern hängt von spezifischen geschichtlichen Konstellationen und Möglichkeitshorizonten ab.“<sup>63</sup> Der Sozialtypus des Intellektuellen ist somit an wechselnde Rollenverständnisse gebunden und auf kulturelle Resonanz angewiesen. Womöglich kann allenfalls von einer „epochalen Stabilisierung“ des Begriffs gesprochen werden, kündigt sich u.a. nach Dietz Bering<sup>64</sup> eine weitere Wandlung der Rolle an.

Schon im Zuge der SPIEGEL-Affäre 1962, nicht zuletzt aber durch die Studentenbewegung 1968 deutete sich ein erster Rollenwechsel als Indikator für die damals zunehmende Integration des Intellektuellen in die politische Kultur an. Ihre Aktivitäten wurden zunehmend institutionalisiert, ein Engagement für Parteien relevant. Intellektuelle galten fortan als legitime Akteure in der politischen Arena. Der neue Typus des Bewegungsinellektuellen<sup>65</sup> entstand.

Die gesellschaftliche Rolle und ihre strukturellen Voraussetzungen sind ein wesentliches Indiz dafür, dass Intellektueller-sein weit mehr bedeutet, als eine moralische Einstellung zu haben bzw. zu entäußern oder eine (kritiksensible) berufliche Geistesarbeit auszuüben.<sup>66</sup>

Kritik und Mandat kamen zeitgeschichtlich zusammen und bildeten den Bezugsrahmen für die Problematik. Nach Pierre Bourdieu<sup>67</sup> werden die Mitglieder der Inte-

61 Vgl. Hertfelder (2000): S. 21; Hübing (2000): S. 35.

62 Vgl. Schlich (2000): S. 1–9; Zitat ebd., S. 7.

63 Kroll/Reitz (2013): S. 11. Folgendes Zitat ebd.

64 Vgl. Bering (2010): S. 491–520.

65 Entscheidend war die Bildung von Gegeninstitutionen (H.M. Enzensberger). Kritik müsse praktisch werden. Die Beziehung zwischen dem, was man tut und was man denkt werde zentral. Appelle, Manifeste und Aufrufe reichen nicht mehr aus. Wertsetzung allein wird unzureichend. Protest und Kritik muss nicht nur artikuliert, sondern in sozialen Bewegungen synchronisiert werden. Vgl. Gilcher-Holtey (2013): S. 47–51.

66 Ziemann (2013): S. 155.

67 Vgl. Bourdieu (2008): S. 524. Zu Intellektuellen werden Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler nur, wenn sie „über eine spezifische Autorität“ verfügen, die ihnen eine „autonome Welt verleiht“ und wenn sie „diese spezifische Autorität in politischen Auseinandersetzungen“ geltend machen.

lligenz durch ihre Intervention in das politische Feld zu Intellektuellen. Den Typus definiert die Form der Einmischung. Die intellektuelle Praxis ist schließlich auch von Begrenzungen begleitet. So wird sie als eine sekundäre Rolle verstanden und tritt hinter die soziale Position, im Falle von Olden die des Journalisten beispielsweise, zurück. Zur Durchsetzung braucht es die Reputation der beruflichen Anerkennung. Intellektueller ist man somit nicht permanent.<sup>68</sup> Es wird sich zeigen müssen, welches Rollenmodell auf Olden in der Zwischenkriegszeit zutrif bzw. inwiefern er in das Spannungsfeld aus Kritik und Mandat eingeordnet werden kann.

Der Aufbau folgt letztlich einem zweigeteilten chronologischen Muster. Zu Beginn werden die Verschiebungen pazifistischen Denkens im und durch den Ersten Weltkrieg dokumentiert (2.1) und die mit Ende des Krieges zahlreich auftretenden Organisationen idealtypisch charakterisiert. Anhand ihrer inhaltlichen Positionierung bzw. Ausrichtung, ihrer führenden Köpfe und ihrer Mitgliederstruktur gilt es ausgewählte Organisationen näher zu charakterisieren (2.2). Die Auswahl richtet sich nach der Relevanz und Bedeutung der Verbände im Weimarer Kontext. Als die mitgliederstärksten Organisationen rücken zunächst die *Deutsche Friedensgesellschaft* (DFG) und der *Friedensbund Deutscher Katholiken* (FDK) in den Mittelpunkt. Letzterer ist schließlich zum *Bund Religiöser Sozialisten* (BRS) in Beziehung zu setzen. Um die inhaltliche Breite und Vielfalt des radikalen Antimilitarismus zu verdeutlichen, werden sowohl der *Bund der Kriegsdienstgegner* (BdK) als auch der *Friedensbund der Kriegsteilnehmer* (FdK) im Vergleich zur *Gruppe Revolutionärer Pazifisten* (GRP) idealtypisch darzustellen sein. Für die ausschließlich außenpolitisch orientierte rechte Fraktion wird die *Deutsche Liga für Völkerbund* (DLV) analysiert. Abschließend wird der *Bund Neues Vaterland* (BNV) betrachtet, da Olden ab etwa 1927 zu ihm stieß, als er bereits in die *Deutsche Liga für Menschenrechte* (DLM) umbenannt worden war. Insgesamt muss dieses Kapitel stärker als eine allgemeine Überblicksdarstellung zum Weimarer Pazifismus gesehen werden. Es öffnet das diskursive Feld, macht idealtypische Trennungen und setzt sich nicht mit der Beziehung Oldens zu einzelnen Verbänden auseinander. Eine inhaltliche Verbindung und Auseinandersetzung findet erst innerhalb der einzelnen Kapitel statt, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt haben.

Das Kapitel zu Kindheit und Jugend verortet ihn um die Jahrhundertwende im Umfeld Jung-Wiens und deren spezifisch kulturkritischer Rezeption einer (politischen) Moderne (3). Es zeigt Olden in persönlicher Bekanntschaft zu Arthur Schnitzler und Jakob Wassermann sowie seine eigene Identitätskrise mit Blick auf die politische Kultur des Kaiserreichs. In der Folge rückt der Weltkrieg und die dort gemachten Erfahrungen in den Mittelpunkt (4). Stellt dieser tatsächlich eine „entscheidende Prägung, die politische Bewusstwerdung und Bewusstseinschärfung“<sup>69</sup> dar? Kann von einer pazifistischen Politisierung gesprochen werden? Mit Ausbruch des Krieges erhoffte Olden eine Befreiung aus der Enge des eigenen Daseins, weshalb er sich als Kriegsfreiwilliger rasch an verschiedenen Kriegsschauplätzen wiederfand. Die mit zunehmender Kriegsdauer eintretende Ernüchterung

68 Vgl. Ziemann (2013): S. 161.

69 Finetti (2010): S. 90.

führte keineswegs zur Auflösung der Identitätskrise. Insofern stellten die Ereignisse zwischen 1914 und 1918 weniger eine biographische Zäsur dar. Erst mit der Revolution wird ein langsamer politischer Emanzipationsprozess sichtbar. Die österreichische Sozialdemokratie sollte zu einer ersten politischen Heimat werden (5.1). Nicht zuletzt in Bezug auf den Pazifismus kam es hier zu ersten Anregungen.

Die weiteren Kapitel umfassen die im Zeitverlauf stattfindenden Diskurse, zu denen Olden Stellung bezog. Die Vielzahl der Artikel werden hier entsprechend ihrer thematischen Zusammengehörigkeit geordnet, d.h. eine inhaltliche Verdichtung des Quellenkorpus vorgenommen. Die jeweiligen Diskurskapitel analysieren mit Hilfe des beschriebenen Instrumentariums die diskursiven Zusammenhänge, Rezeptionen und Motive. Die pazifistischen Diskurse spiegeln grundsätzlich außenpolitisch-völkerrechtliche Diskussionen sowie innenpolitische Themen wider.<sup>70</sup>

Von besonderer Relevanz war anfangs die Auseinandersetzung mit den Novemberereignissen in Deutschland. Olden ging es weniger um einen revolutionären Bruch, als vielmehr um eine evolutionäre Reformatik (5.1.1). Da sein Friedensbegriff ebenfalls eine innen- und eine außenpolitische Dimension aufweist, gilt es schließlich seine Haltung zum Versailler Vertrag im Allgemeinen (5.1.2) und seine Position zur deutschen Kriegsschuld im Besonderen (5.1.3) zu würdigen.

Noch von Wien aus kommentierte er den Fortgang der deutschen Geschichte und kämpfte publizistisch für die neue Republik, deren Erhalt und Sicherung zum Lebensinhalt geworden war (5.2). Bereits 1923 sah er in Hitler und seiner Bewegung eine dauernde Gefahr für die Demokratie (5.2.1). Darüber hinaus wies er auf die Rolle und Bedeutung gesellschaftlicher Eliten hin, die ihre enorme Machtfülle zu missbrauchen suchten, um das politische System nach ihren Vorstellungen umzuformen. Hier geriet nicht nur die Reichswehr, sondern auch die Justiz in den Blick. Was Olden 1918/19 noch optimistisch mit einer neuen Erziehung der Gesellschaft verband, drohte fortwährend zu scheitern (5.2.2). Außenpolitisch arbeitete er die Bedeutung Europas heraus. Auf der Grundlage einer deutsch-französischen Aussöhnung verknüpfte er pazifistische Inhalte seiner Zeit mit der Idee eines Paneuropas (5.2.3). Welche zukunftsweisende Kraft bzw. Modernität in seiner Haltung lag, wird an einem anderen Punkt besonders klar. Indem er gemeinsam mit Hugo Bettauer als Herausgeber eine „erotische“ Revolution proklamierte, stellte er die noch herrschenden Wert- und Moralvorstellungen massiv infrage (5.3). Erstmals sollte er den Charakter einer restriktiven Strafverfolgung am eigenen Leib verspüren:

Als Siegfried Jacobsohn ihn schließlich 1926 zurück nach Deutschland holte, begann, zunächst bei der *Weltbühne*, seine zweite Karriere. Markant für die Berliner Jahre war fortan die Verknüpfung seiner journalistischen Arbeit mit praktischer Rechtshilfe. Anfangs noch aus der Rolle eines Beobachters, kommentierte er für das *Berliner Tageblatt* die juristische Aufarbeitung der Vorgänge um die paramilitärischen Einheiten der Reichswehr (6.1.1). Dies trug nochmals zu seiner Sensibilität für den Charakter der Justiz bei. Bereits an dieser Stelle sollte er ihr rechtsstaatliches wie moralisches Versagen vorwerfen. Besonders sichtbar wurde die Ein-

70 Vgl. Holl (1988): S. 153f.

schränkung der Meinungs- und Pressefreiheit als ein Instrument gegen den Pazifismus in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre. Vor allem im Bereich der Rüstungspolitik wurden Prozesse unter dem Vorwand des Landesverrats angestrengt. Olden stritt nicht nur für eine Reform des Justizwesens, sondern griff selbst als Jurist in das Geschehen ein, indem er Carl von Ossietzky im sogenannten *Weltbühne-Prozess* verteidigte (6.1.2). Hier verband sich exemplarisch systematische Justizkritik mit pazifistischer Kritik an der Reichswehr. Die Vorstellung einer Verbindung von Humanität und Gerechtigkeit zeigt sich besonders in seinem Engagement für die DLM, in deren Auftrag er anwaltlich tätig war (6.1.3).

So wenig die Justiz zu einem innenpolitischen Frieden beitrug, umso wichtiger erschien ihm die demokratische Erziehung der Jugend. Gerade die künftigen Eliten in Staat und Gesellschaft sind aufgefordert, die Republik auch geistig und ideell zu tragen. Jedoch musste Olden das Scheitern seines Ideals einer demokratischen Volksbildung konstatieren (6.2.1). Eine alt-preußische, vaterländische Gesinnung war vor allem unter den Studenten weiterhin stark verbreitet und anschlussfähig. Gleiches galt für die Reichswehr, sodass sich Olden für eine Reform der Wehrverfassung einsetzte. Eine Demokratisierung des Militärs müsse das Ziel sein. Sie soll ein Instrument zur Verteidigung des Staates sein, vor allem in seiner republikanischen Verfasstheit. In diesem Kontext stellte sich zudem die Frage nach einem gesellschaftlichen Wehrkonsens. Die Forschung spricht von der These einer bellizistischen Republik.<sup>71</sup> Dies wird mit den Positionen Oldens zu kontrastieren sein (6.2.2).

Nach dem Scheitern der Großen Koalition gilt es im Untersuchungszeitraum seine Haltung zur innenpolitischen Krise der Republik unter dem beginnenden Weimarer Präsidialregime (6.2.3) zu prüfen und insbesondere seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Antisemitismus (6.3) darzustellen. Dabei finden zwei Biographien Eingang in die Analyse, die aus der Feder Oldens selbst stammen, zum einen das Werk über Gustav Stresemann, das er unmittelbar nach dessen Tod 1929 veröffentlichte und zum anderen ein Überblick über die politische Entwicklung Hitlers und die Bedeutung von *Mein Kampf*. Seit 1932 prägt letztlich die Berufung auf die Zeit der Romantik des frühen 19. Jahrhunderts in gewisser Weise seine Vorstellung von der deutschen Geschichte als Kampf um politische Freiheit.

Der Ausblick wirft ein Licht auf die Zeit nach 1933. Bedeutsam ist, inwiefern die politischen Krisen der 1930er Jahre (Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, Aufrüstung, Appeasementpolitik, erneuter Kriegsausbruch etc.) und die Exilerfahrung seinen Pazifismus verändert haben (7). Aus dieser Phase stammt zudem eine Publikation über den

71 Im Zentrum der Bellizismus-These steht der Versuch einer Neuinterpretation der geheimen Rüstungsbemühungen in der Weimarer Republik. Vor allem Bergien (2012) legte einen umfassenden Beitrag zur Neubestimmung des Verhältnisses von Militär, Staat und Gesellschaft vor. Obwohl der Leitbegriff eines republikanischen Bellizismus als „deutlich überzogen“ charakterisiert wurde, findet er Eingang in diese Untersuchung, wird er doch aus einem „ideengeschichtlichen Exkurs“ heraus, besonders mit Blick auf „die Motive führender Sozialdemokraten, erläutert.“ Ziemann (2012)

Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Diese dient im Kontrast zu den preußischen Reformern der Jahre 1807 bis 1819 als Negativfolie einer altpreußischen, militaristischen Tradition, die die Geschichte der Nation spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts geistig wie materiell bestimmte und letztlich ihren Beitrag zum Untergang der Republik leistete. In einer abschließenden Schlussbetrachtung (8) werden die Forschungsergebnisse zusammenfassend dargestellt sowie auf geistesgeschichtliche Bezüge und ideengeschichtliche Linien eingegangen, die über eine rein biographische Schilderung des Lebens von Rudolf Olden hinausweisen.

### 1.3 FORSCHUNGSSTAND

Arbeiten zu Rudolf Olden sind im Allgemeinen durch biographische Abrisse und Skizzen<sup>72</sup>, Darstellungen aus dem privaten Umfeld<sup>73</sup> sowie Veröffentlichungen zur englischen Exilzeit<sup>74</sup> geprägt. Umfangreiche Publikationen analysieren sein Leben und Wirken in Großbritannien zwischen 1933 und 1940; zusätzlich wurden einige Exilschriften und Privatkorrespondenzen<sup>75</sup> aus dieser Zeit neu herausgegeben. Das Deutsche Exilarchiv widmete ihm unter dem Titel *Rudolf Olden: Journalist gegen Hitler – Anwalt der Republik* im Jahr 2010 eine Ausstellung.

Zugleich markierte die Forschung verschiedene Rollenbilder, die dem historischen Subjekt, unabhängig vom konkreten zeithistorischen Kontext, zugeschrieben werden können. Als Journalist tritt uns Olden auch als Schriftsteller und Literat entgegen, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit der Novelle *Hildegard von F.* und der Komödie *Die Rückkehr nach Amerika* erste literarische Gehversuche unternahm; 1924 thematisierte er beispielsweise als Herausgeber gemeinsam mit Hugo Bettauer in der Zeitschrift *Er und Sie. Wochenschrift für Lebenskultur und Erotik* Fragen von Homosexualität, sexueller Gleichberechtigung oder Abtreibung.<sup>76</sup> Obwohl Olden unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges sein zweites juristisches Staatsexamen ablegte, erhielt er erst 1929 seine Zulassung als Rechtsanwalt. Zuvor äußerte sich der juristische Hintergrund in regelmäßigen Kommentaren, beispielsweise zu den zahlreichen Meineidprozessen, zu den Bedingungen des Strafvollzuges oder den Eingriffen der Rechtsprechung in die Rechte des Verteidigers bei politischen Strafverfahren. Dementsprechend zeigt die Forschungsliteratur ein Interesse am Juristen.<sup>77</sup> Auch die Rolle des Journalisten Olden steht im Mittelpunkt<sup>78</sup>, so z.B. in den grundlegenden Studien zum *Berliner Tageblatt* sowie dem *Pariser Tageblatt*.<sup>79</sup> Arbeiten, die die politischen Implikationen und

72 Vgl. Greuner (1969); Wehrmann (1984); Finetti (1990); Brinson/Malet (1994); Müller (1999); Balke (2010); Asmus/Eckert (2010): S. 10–81.

73 Vgl. Seidel (2007); Sufott (2010): S. 81–87.

74 Vgl. Brinson/Malet (1995).

75 Vgl. Brinson/Malet (1987), (1990), (1994).

76 Vgl. Hall (1978).

77 Vgl. Blanke (1988); Krohn (1991); Müller (2010): S. 109–116.

78 Vgl. Finetti (1990); Finetti (2010): S. 87–108.

79 Vgl. Schwarz (1968); Sösemann (1976); Peterson (1987).

ideengeschichtlichen Grundlagen seiner Beiträge analysieren und einordnen, fehlen bisher ebenso wie gesamt-biographische Darstellungen. Mit der Konzentration auf das Rollenbild des Pazifisten wird im Rahmen einer intellektuellen Biographie, die nicht das gesamte Leben behandelt, sondern den Intellektuellen Olden in der Weimarer Republik verortet, versucht, dieses Forschungsdefizit zu schließen.

Neuere Darstellungen zum Pazifismus konzentrieren sich zunächst auf die Durchleuchtung theoretischer Prämissen und Konsequenzen. Mit dem Ziel einer Typologisierung findet eine Genese des Begriffes statt, der historische und ideengeschichtliche Elemente miteinander verknüpft.<sup>80</sup> Es geht um eine zeitgemäße Interpretation, vor allem hinsichtlich der Herausforderung von sogenannten „Neuen Kriegen“ im 21. Jahrhundert gegen den international operierenden Terrorismus. Eine Wiederbelebung der Theorie des gerechten Krieges ist zu verzeichnen.<sup>81</sup> Diese steht in einem Spannungsverhältnis zu friedensethischen Diskussionen<sup>82</sup>, wobei in der Debatte um die Leistungsfähigkeit des Konzeptes gerungen wird, gerade mit Blick auf die Rechtfertigung von Gewalt.

Darüber hinaus hat sich mit Beginn des Jahrhunderts eine Perspektive der Friedenserziehung eröffnet, in der es um das Aufzeigen von Bedingungen geht, die friedensförderlich sind.<sup>83</sup> Ziel sei die dauerhafte Begründung und Festigung des Friedens in der Welt. Hier offenbart sich in der Forschung eine sogenannte Aufbauperspektive, in der es nicht darum geht, im Negativen bzw. in der Abwehr stehen zu bleiben. Das Postulat, die „Waffen fort!“ sei unzureichend. Vielmehr müsse um die Überwindung von Strukturen, Verhaltensweisen und Mentalitäten gekämpft wer-

80 Vgl. Bleisch, Barbara/Strub, Jean-Daniel (Hrsg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Bern 2006; Senghaas, Dieter (Hrsg.): Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert, Wien/Berlin 2006; Brücher, Gertrud: Pazifismus als Diskurs, Wiesbaden 2008; Beyer, Wolfram: Pazifismus und Antimilitarismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte, Stuttgart 2012; Sass, Hartmut: Politik des Pazifismus. Eine theologische Verteidigung, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik, 60.1 (2016), S. 41–47; Gerber, Hans-Ulrich: Vom anbrechenden Zeitalter der Gewaltfreiheit, in: Neue Wege, 108 (2014) Heft 7–8, S. 207–215; Hinsch, Wilfried: Die Moral des Krieges. Für einen aufgeklärten Pazifismus, München 2017.

81 Vgl. Giese, Martin: Vom gerechten Krieg zu humanitären Interventionen: Menschenrechte militärisch schützen? München 2010; Quante, Michael/Janssen, Dieter: Gerechter Krieg: Ideengeschichtliche, rechtsphilosophische und ethische Beiträge, 2. erg. Aufl., Münster 2017.

82 Vgl. Strub, Jean-Daniel/Grotefeld, Stefan (Hrsg.): Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg: Paradigmen der Friedensethik im Diskurs, Stuttgart 2007; Brücher, Gertrud: Pazifismus oder Ethik als soziale Bewegung, in: Sicherheit und Frieden 31 (2013) Heft 3, S. 119–125; Werkner, Ines-Jacqueline: Komplementarität als Königsweg christlicher Friedensethik? Kontroversen im Spannungsfeld von Pazifismus und militärischer Gewalt, in: Sicherheit und Frieden 31 (2013) Heft 3, S. 133–139.

83 Vgl. Haußmann, Werner (Hrsg.): Handbuch Friedenserziehung, Gütersloh 2006; Budzinski, Manfred (Hrsg.): Das Maß des Friedens ist der Frieden selbst: Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert, Bad Boll 2008; Lenhart, Volker: Friedenserziehung im Hybridkrieg gegen den Terror, in: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 39 (2016) 4, S. 16–19.

den, die Frieden verhindern. Darunter wird zugleich eine Gender-Perspektive<sup>84</sup> sichtbar.

Von größerer Relevanz für das angestregte Thema allerdings sind Arbeiten aus dem Bereich der Historischen Friedensforschung. Zu beachten ist zunächst eine Unterteilung in entsprechende Perioden: Pazifismus im Kaiserreich bis 1914 bzw. während des Ersten Weltkrieges, Pazifismus in der Zwischenkriegszeit sowie nach 1945 und in der Phase des Kalten Krieges bis 1991.<sup>85</sup> Auf die ausführliche Darstellung eines Überblicks über die Forschungsergebnisse aus dem Arbeitskreis Historische Friedens- und Konfliktforschung wird an dieser Stelle jedoch absichtsvoll verzichtet.<sup>86</sup> Von Bedeutung sind in diesem Kontext in erster Linie Darstellungen zu den pazifistischen Organisationen aus dem Umfeld der Friedensbewegung in der Zwischenkriegszeit. Dabei sind Überblickswerke<sup>87</sup> ebenso zu berücksichtigen, wie Arbeiten zu einzelnen Verbänden und Zusammenschlüssen<sup>88</sup>. Gleiches kann auf den biographischen Zugang angewandt werden, wo das Forschungsfeld durch kollek-

- 84 Vgl. Hagemann, Karen (Hrsg.): *Frieden – Gewalt – Geschlecht: Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung*, Frieden und Krieg Bd. 5, Essen 2005.
- 85 Überblicksdarstellungen zum Verhältnis von Frieden und Gewalt in der Staatenwelt im 20. Jahrhundert: Vgl. Steinweg, Reiner (Hrsg.): *Lehren aus der Geschichte?*, Frankfurt am Main 1990; Wette, Wolfram/Riesenberger, Dieter (Hrsg.): *Militarismus und Pazifismus: Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegen*, Bremen 1991; Dülffer, Jost: *Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 2003; Dülffer, Jost: *Frieden stiften. Deeskalations- und Friedenspolitik im 20. Jahrhundert*, Köln 2008; Bald, Detlev/Wette, Wolfram (Hrsg.): *Friedensinitiative in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945–1955*, Essen 2010.
- 86 Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf folgenden ausführlichen Literaturbericht: Vgl. Ziemann, Benjamin: *Historische Friedensforschung. Literaturbericht*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 56 (2005) 4, S. 266–281; sowie auf folgende Überblicksdarstellung: Vgl. Ernstfall *Frieden: Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914*, Bremen 2016.
- 87 Vgl. Holl, Karl/Wette, Wolfram (Hrsg.): *Pazifismus in der Weimarer Republik*, Paderborn 1981; Riesenberger, Dieter: *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland*, Göttingen 1985; Benz, Wolfgang: *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1987; Holl, Karl: *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988; Lipp, Karl-Heinz: *Frieden und Friedensbewegung in Deutschland 1892–1992*, Essen 2010; Lütgemeier-Davin, Reinhold: *Friedensforschung – Pazifismus und Militarismus in Deutschland und Europa 1850–1945*, in: *H-Soz-Kult*, 30.9.2013, <http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1664>.
- 88 Exemplarisch für den Dachverband des *Deutschen Friedenskartell*: Vgl. Lütgemeier-Davin, Reinhold: *Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation*, Köln 1982. Zur DFG: Vgl. Scheer, Friedrich-Karl: *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933)*, Frankfurt am Main 1981; Appellus, Stefan: *Zur Geschichte des kämpferischen Pazifismus*, Oldenburg 1988; Grünwald, Guido: *Nieder die Waffen!*, Bremen 1992. Zur katholischen Friedensbewegung bzw. Frauenbewegung: Vgl. Riesenberger, Dieter: *Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1976; Wilmers, Annika: *Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung*, Essen 2008. Zu Organisationen und Gruppen des religiösen Sozialismus: Vgl. Lipp, Karl-Heinz: *Religiöser Sozialismus und Pazifismus*, Pfaffenweiler 1995; Peter, Ulrich: *Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933*, Frankfurt am Main 1995; Baig, Yong-Gi: *Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Bochum 1996; Peter, Ulrich: *Christuskreuz und Rote Fahne*, Bielefeld 2002.

tiv-biographische Ansätze<sup>89</sup> sowie durch zahlreiche individuell bezogene Analyse<sup>90</sup> gekennzeichnet ist.

Für die Intellektuellengeschichte der Weimarer Republik existieren grundsätzlich klare Interpretationslinien. Schematisch finden diese ihren Ausdruck zunächst in einem rechts-links Modell, wenngleich die Ideenwirklichkeit der Zwischenkriegszeit komplexer war. Einfache politische Kennzeichnungen einzelner Intellektueller können nur unzureichend ihren Charakter beschreiben, vereinfachen aber zugleich die soziale Realität und machen diese greifbar, was letztlich auch mit Blick auf die Person Olden erhofft wird. Auf Basis welcher Zuschreibung lässt sich sein politischer Ordnungsbegriff definieren? Die Nähe oder Ablehnung eines Journalisten, Schriftstellers bzw. Künstlers zu einer bestimmten Partei greift aber für die Beantwortung dieser Frage zu kurz, selbst dann, als sich Olden in den Tagen der Novemberrevolution klar vom Kommunismus abgrenzte. Gerade sein Pazifismusbegriff macht durchaus Querverbindungen sichtbar, die im Exil ein Zusammengehen von sozialdemokratischen und kommunistischen Kräften postulierte. Das Aus-

- 89 Vgl. Habadank, Heinz: *Der Feind steht rechts. Bürgerliche Linke im Kampf gegen den deutschen Militarismus*, Berlin 1965; Greuner, Ruth: *Gegenspieler*, Berlin 1969; Donat, Helmut/Holl, Karl (Hrsg.): *Die Friedensbewegung*, Düsseldorf 1983; Harth, Dietrich/Schubert, Dietrich/Schmidt, Roland Michael (Hrsg.): *Pazifismus zwischen den Weltkriegen*, Heidelberg 1985; Bock, Sigrid: *Die Waffen nieder! Schriftsteller in den Friedensbewegungen des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1989; Bockel, Rolf von: *Kurt Hiller und die Gruppe Revolutionärer Pazifisten (1926–1933)*, Hamburg 1990; Wette, Wolfram (Hrsg.): *Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933*, Bremen 1999; Sirges, Thomas (Hrsg.): *Die deutschen Friedensnobelpreisträger*, Frankfurt am Main 2013; Lütgemeier-Davin, Reinhold: *Köpfe der Friedensbewegung (1914–1933)*, Essen 2016.
- 90 Vgl. Rauch, Hans: *Die politische, die anthropologische und die theologische Begründung der Friedensidee in der Pädagogik Friedrich Wilhelm Foersters*, Aachen 1985; Schulte, Franz Gerit: *Der Publizist Hellmut von Gerlach (1866–1935)*, München u.a. 1988; Bock, Nikola: *Pazifismus zwischen Anpassung und freier Ordnung: Friedensdiskussion in der Weimarer Republik und die Gewaltfreiheitstheorie des holländischen Pazifisten Bart de Ligt*, Hamburg 1991; Jansen, Christian: *Emil Julius Gumbel, Porträt eines Zivilisten*, Heidelberg 1991; Wolgast, Elke: *Emil Julius Gumbel. Republikaner und Pazifist*, Heidelberg 1992; Mertens, Lothar: *Unermüdlicher Kämpfer für Frieden und Menschenrechte: Leben und Wirken von Kurt R. Grossmann*, Berlin 1997; Max, Pascal: *Kritik im Lebenswerk Friedrich Wilhelm Foersters*, Stuttgart 1999; Grau, Bernhard: *Kurt Eisner 1867–1919. Eine Biographie*, München 2001; Brenner, Athalya: *Emil J. Gumbel: Weimar German Pacifist and Professor*, Leiden 2002; Hoschek, Maria: *Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966)*, 3. Aufl., Bern 2006; Holl, Karl: *Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biographie*, Düsseldorf 2007; Zirkel, Kirsten: *Vom Militaristen zum Pazifisten. General Berthold von Deimling – eine politische Biographie*, Essen 2008; Koch, Christoph (Hrsg.): *Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist*, München 2009; Resch, Stephan: *Widerstrebt nicht dem Bösen mit Gewalt: Die Rezeption des Tolstojischen Pazifismus bei Stefan Zweig*, in: *Neophilologus* 96 (2012) 1, S. 103–120; Schütte, Uwe: *Zwischen Pazifismus und Gewalt. Zur Genese der anarchistischen Utopie bei Erich Mühsam*, in: *Zagreber Germanistische Beiträge*, Bd. 21(2012), S. 1–20; Boldt, Werner: *Carl von Ossietzky. Vorkämpfer der Demokratie*, Hannover 2013; Lütgemeier-Davin, Reinhold/Wolff, Kerstin (Hrsg.): *Helene Stöcker. Lebenserinnerungen*, Wien u.a. 2015; Münzner, Daniel: *Kurt Hiller. Der Intellektuelle als Außenseiter*, Göttingen 2015; Grünwald, Guido (Hrsg.): *Alfred Hermann Fried: „Organisiert die Welt!“*, Bremen 2016.

bleiben einer solchen Achse habe den Sieg des Nationalsozialismus doch erst erleichtert, wenn nicht gar möglich werden lassen. Seine politische Verortung war nach Ende des Ersten Weltkrieges aber kaum definierbar. Ihren sozialliberalen Ausdruck fand sie erst im Laufe der 1920er Jahre, unter zunehmendem Kontakt zu pazifistischen Ideen bzw. Strömungen.

Auf die Frage, ob wir Olden im Speziellen ebenso als Linksintellektuellen fassen können, sei auf die folgenden vier Aspekte verwiesen, die Daniel Münzner in seiner Arbeit über Kurt Hiller aufgestellt hat und anhand der sich das intellektuelle Milieu betrachten lässt: Erstens, der Protagonist bezeichnet sich selbst als links; zweitens, er tritt für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie für soziale Gerechtigkeit ein; drittens, ist ein Bekenntnis zu Pazifismus und Antimilitarismus erkennbar und viertens, lehnt der Linksintellektuelle alle Formen des Antirationalismus ab, indem er sich dem Argument bzw. der Debatte verschreibt und damit gegen die (lebensphilosophische) politische Rechte opponiert. Fundamentalismus ist ihm fremd.<sup>91</sup> Unter dieser Perspektive untersuchte man die Linksintellektuellen in der Weimarer Republik. Von Relevanz war hierbei ihre Demokratiekritik. Man sah sie weitestgehend als einflusslos an, agierten sie zudem noch mit zu starker Kritik gegenüber der Republik. Damit hätten sie zu ihrer Schwächung beigetragen. Auch sie seien die Totengräber der ersten deutschen Demokratie, so ein gängiges Deutungsmuster.<sup>92</sup> Darin unterschieden sie sich angeblich nicht von ihrem rechten Widerpart im politischen Spektrum Weimars. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Stimmen, die vor einer überzogenen Kritik an Tucholsky u.a. Literaten warnen, müsse ihre gesellschaftliche Rolle berücksichtigt werden. Trotz allem standen sie in einer demokratischen Tradition.<sup>93</sup> In der neueren Forschung rückten in den vergangenen Jahren die Diskurse zwischen den politischen Lagern ins Zentrum, was dazu beitrug, Positionsänderungen im intellektuellen Selbstbild einzelner Akteure zu erfassen, gerade in Bezug auf politische Systemwechsel.<sup>94</sup>

91 Vgl. Münzner (2015): S. 24f.

92 Vgl. Laqueur, Walter: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt am Main u.a. 1976; Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987; Bavaj, Riccardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005; Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Stuttgart 2008; Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, 7. durchges. u. erw. Aufl., München 2009;

93 Vgl. Lang, Dieter: Staat, Recht und Justiz im Kommentar der Zeitschrift *Die Weltbühne*, Frankfurt am Main 1996; Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, 15.–20. Tsd. Aufl., München 1998; Oswalt, Stefanie: *Die Weltbühne*. Zur Tradition und Kontinuität demokratischer Publizistik, St. Ingbert 2003.

94 Vgl. Bialas, Wolfgang: Intellektuelle in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1996; Gangl, Manfred/Raulet, Gérard (Hrsg.): Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, 2. neubearb. u. erw. Aufl., Frankfurt am Main 2007; Wannowetsch, Stefan: Unorthodoxe Sozialisten. Zu den Sozialismuskonzeptionen der Gruppe um Otto Straßer und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2010; Gallus, Alexander/Schildt, Axel (Hrsg.): Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und 1930, Göttingen 2011; Gallus, Alexander: Heimat „Weltbühne“. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.

## 2 DIE BÜRGERLICHE UTOPIE ZERBRICHT – PAZIFISMUS IM WELTKRIEG

### 2.1 PROGRAMMATISCHE NEUORIENTIERUNG: ÜBER DEMOKRATIE ZUM WELTFRIEDEN

Mit Bestürzung und Lähmung reagierte die Friedensbewegung in Deutschland auf den Ausbruch des Krieges. Die pazifistische Selbsttäuschung wurde offenbar. Die Hoffnung auf ein vernünftiges Krisenmanagement in der Julikrise war Illusion. Der utopischen Interpretation der internationalen Politik lagen zwei Umstände zugrunde: defizitäre Kenntnisse über außenpolitische Vorgänge und eine den organisatorischen Pazifismus kennzeichnende Axiomatik, in der Krieg durch (wirtschaftliche) Verflechtungen und Interdependenzen nahezu ausgeschlossen werden könne. Gleichzeitig bildeten die ersten Wochen auch die Gelegenheit, die pazifistische Zuverlässigkeit einzelner Akteure zu prüfen. So wurde z.B. im Oktober 1914 die Verletzung der Neutralität Belgiens im Aufruf *An die Kulturwelt* auch durch führende Pazifisten gerechtfertigt. „In deutlicher Parallele zur Arbeiterbewegung war der deutsche Pazifismus im August 1914 bereit, sich in die allseits proklamierte Volksgemeinschaft zu integrieren und den Burgfrieden zu wahren.“<sup>1</sup> Nationalistische Töne blieben nicht aus. Der vermeintliche, durch die deutsche Propaganda beschworene, Verteidigungskrieg wurde als legitim empfunden. Die bejahende Positionierung zum Verteidigungskrieg kennzeichnete bereits den Vorkriegspazifismus. Zwischen namenhaften Pazifisten zeigten sich erste Bruchstellen bzw. Spaltungstendenzen. Einige schworen jener Entwicklung ab, sahen sie keine erfolgreiche Möglichkeit mehr für ihre pazifistische Arbeit. Eine Emigrationsbewegung in die Schweiz war die Folge.<sup>2</sup> Es schien als seien die vorhandenen Ansätze zu internationaler Verständigung und Zusammenarbeit für immer zerstört. Die in Deutschland verbliebenen Pazifisten suchten die Friedensbewegung über die Zeit des Kriegs hinweg, in eine neue Zeit zu retten, wenngleich sie in ihren Erwartungen enttäuscht wurden. Im Vertrauen auf die Vernunft der Großmächte hielten sie den Krieg für ausgeschlossen. Jedoch hatten sie niemals behauptet, dass Kriege in Zukunft unmöglich seien. Diese Entwicklungen schlossen die pazifistischen Reihen gleichsam; wer Anschluss suchte, tat dies aus Überzeugung und unter Kenntnis empfindlicher Nachteile. Jüngere männliche Mitglieder, die aufgrund ihres Militärdienstes für pazifistische Arbeit ausfielen, wurden durch junge Pazifistinnen ersetzt. Der Krieg verknüpfte die bürgerliche Frauenbewegung noch enger mit der Friedensbewegung.

1 Jansen (2004): S. 69.

2 Zur deutschen Emigration in die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Vgl. Riesenberger (1988)

Der Spielraum für aktive politische Betätigungen war zunächst so begrenzt, dass er auf humanitären Einsatz konzentriert wurde: Kriegsgefangenenhilfe, Flüchtlingsbetreuung in Ostpreußen, Verwundetenpflege und Hilfe in staats- und völkerrechtlichen Angelegenheiten bestimmten die Aktivitäten in der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende. Jedoch wuchs mit der Erkenntnis, dass der Krieg nicht alsbald enden wird, die Bereitschaft, die vernachlässigte politische Tätigkeit zu stärken und über die neutralen Länder, abgerissene internationale Kontakte zu reaktivieren. Grundsätze für einen künftig dauerhaften Frieden sollten gemeinsam entwickelt werden.<sup>3</sup>

Die rasche Gründung neuer nationaler Friedensorganisationen auf allen Seiten dokumentiert das Bedürfnis nach politischen Konzepten einer zukunftsweisenden Friedensaktivität. Dem traditionellen Verständnis stand man mehr und mehr kritischer gegenüber. Es reifte die Überzeugung, dass an die Vorkriegssituation nicht wieder angeknüpft werden kann; zu fundamental seien die Veränderungen im internationalen System sowie im Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik.

Neben eher traditionellen Vorschlägen wie einer besseren Organisation der zwischenstaatlichen Beziehungen oder einer Föderation der europäischen Staaten gewannen neue Gesichtspunkte an Bedeutung, so die Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrolle über die Außenpolitik, die Einführung demokratischer Selbstbestimmung und Erkenntnis einer Wechselwirkung zwischen innerstaatlicher Struktur und außenpolitischem Verhalten.<sup>4</sup>

So kam es in Deutschland Mitte November 1914 in Berlin zur Gründung des *Bund Neues Vaterland* (BNV).

Der internationale Austausch unter Einbeziehung des neu gegründeten BNV und der *Deutschen Friedensgesellschaft* (DFG) fand im April 1915 auf der Haager Konferenz einen ersten Höhepunkt. Durch die Verabschiedung eines Minimalprogramms legte man einen wichtigen Grundstein für alle weiteren Diskussionen. Große öffentliche Aufmerksamkeit erlangte in etwa zur gleichen Zeit ein internationaler Frauenkongress, der sich ebenfalls mit Fragen einer künftigen Friedensordnung befasste, erstmals Forderungen nach Parlamentarisierung und Demokratisierung<sup>5</sup> stellte und sie mit gleichen politischen Rechten für Männer und Frauen verband. Deutsche Pazifistinnen schlossen sich im *Deutschen Frauenausschuss für dauernden Frieden* im Rahmen des auf dem Kongress gegründeten *Internationalen Friedensausschuss für dauernden Frieden* zusammen. Im Widerspruch zu den beiden Neugründungen übernahm die DFG dessen Forderung nicht. Priorität habe es, die äußere Politik zu internationalisieren. Die Demokratisierung könne umso schneller erfolgen, je mehr die Außenpolitik auf gegenseitigem Vertrauen basiere. Daran hielt man bis ins Frühjahr 1917 fest.

Mit dem Einsetzen der Kriegszieldiskussion in der deutschen Innenpolitik, die sich vor allem am Annexionismus entzündete, wurde auch die Verfolgung der Pazifisten betrieben. „Für den Zeitraum zwischen Ende 1915 und Mitte 1917 kann von einer Treibjagd der Behörden auf Pazifisten“ gesprochen werden. Verschärfte

3 Vgl. Eisenbeiß (1980): S. 93–112; Holl (1988): S. 103–112.

4 Riesenberger (1985): S. 100. Die folgenden Zitate ebd., S. 108 und 114.

5 Vgl. ebd.: S. 103.

Brief- und Pressezensur, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, intensive Observierung, Publikationsverbote und Festnahmen waren die Folge und förderten die Radikalisierung der Friedensbewegung. Forderungen nach inneren Reformen und einer neuen Außenpolitik verschmolzen immer mehr. Die vorhandenen Organisationen waren aber organisatorisch weitgehend funktionsunfähig. Eine Art Ersatzorganisation stellte die Gründung der *Zentralstelle Völkerrecht (ZV)* dar. „Unter der Belastung des Krieges und unter dem Druck der staatlichen Zensur- und Repressionspraxis war die organisatorische Einheit der Friedensbewegung zerbrochen;“ Zugleich förderte der Weltkrieg die Entstehung radikaldemokratischer und -pazifistischer Anschauungen und Bewegungen. Vor allem die Schweizer Emigranten bildeten mit der *Vereinigung deutscher Republikaner* ein intellektuelles Gegenzentrum. Primär ging es ihnen um die Behandlung der Kriegsschuldfrage, die Zerstörung des preußisch-deutschen Militarismus und die Durchsetzung einer Demokratie im Reich.

Die allgemeine Funktionalisierung des Verhältnisses von Demokratie und Frieden konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei diesen Gruppen das universale Programm des deutschen Pazifismus zur Anklage gegen das 'schuldige' Deutschland, zum politischen Kampf gegen den preußischen Militarismus und das herrschende Regierungssystem erstarrte.<sup>6</sup>

Der DFG fiel es im Vergleich zu den stärker sozial- und innenpolitisch ausgerichteten Neugründungen eher schwer, ihre Einstellungen zur Innenpolitik den neuen Gegebenheiten anzupassen. Erst die Februarrevolution in Russland führte zum Postulat innenpolitischer Erneuerung, wenngleich keine republikanische Staatsform verlangt wurde.<sup>7</sup>

Insgesamt sah sich die deutsche Friedensbewegung mit einem Prozess der Auflösung ihrer politisch-ideologischen Einheit konfrontiert, die den Vorkriegspazifismus maßgeblich auszeichnete. Begünstigt wurde dieser durch das veränderte Verhältnis von Pazifismus und Sozialdemokratie. Die Völkerbund-Konzeption des US-Präsidenten tat ihr übriges, fiel es dem traditionellen Pazifismus doch leicht, sich mit dieser Idee zu identifizieren. Die klassischen, in den Hintergrund geratenen, Vorstellungen wurden unter diesem Vorzeichen neu rezipiert. Der Wandlungsprozess des deutschen Pazifismus im Weltkrieg zeigte folgende Ergebnisse: Einen breiten Einfluss auf die gesellschaftliche Masse konnte keine Organisation erringen. Die Wirkungskraft pazifistischer Ideen war Folge einer wachsenden Kriegseggenschaft und seit 1917 einer größer werdenden Kriegsverdrossenheit und Friedenssehnsucht.

Der zu Kriegsbeginn als Chance begriffene Burgfrieden war Illusion. Innenpolitische Reformforderungen und kontroverse Kriegszielvorstellungen verschärfen die Spannungen erneut und führten zur gesellschaftlichen Polarisierung, die in der Weimarer Republik zur Diffamierung der Pazifisten als Landesverräter kulminierte. Die Gründung neuer Organisationen flexibilisierte die Arbeitsweise der Verbände. Es wuchs die Einsicht eines Zusammenhanges zwischen Innen- und Außenpolitik. Interaktionen zwischen bürgerlichen und sozialistischen Friedensfreunden nahmen

6 Scheer (1981): S. 336.

7 Vgl. Eisenbeiß (1980): S. 138–155; Holl (1988): S. 112–132; Riesenberger (1985): S. 98–123.

zu. Die volle Entfaltung dieser Resultate zeigte sich jedoch erst in der Nachkriegszeit in politisch-ideologischer und organisatorischer Ausdifferenzierung, die im folgenden Abschnitt idealtypisch umrissen wird.<sup>8</sup>

## 2.2 ORGANISATORISCHE VIELFALT – KRIEG UND REVOLUTION ALS PAZIFISTISCHER KATALYSATOR

Die im Krieg durch behördliche Repressionen und programmatische Defizite der DFG begonnene Auffächerung der pazifistischen Organisationen fand unmittelbar nach Kriegsende ihre Fortsetzung. Ideologisch wie politisch war die Homogenität des Pazifismus zerbrochen. Mitgliederstruktur und inhaltliche Positionen wandelten sich. So wurde die theoretische Konzeption eines auf den zwischenstaatlichen Bereich fokussierten Friedensbegriffs durch die Sozialdemokratie zur Auseinandersetzung mit innergesellschaftlichen Themen ergänzt. „Gleichwohl kam die Umorientierung keinem Bruch gleich; das Mitgliederreservoir wurde lediglich durch sozialistische Kräfte erweitert.“<sup>9</sup> Im Übergang zur Republik ist vielmehr die teilweise personelle und thematische Kontinuität kennzeichnend. Die im Krieg neu gegründeten Organisationen waren auch keineswegs bereit, ihre erworbene Selbstständigkeit aufzugeben. So entstand im Mai 1919 aus dem Frauenausschuss die *Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit* (IFFF).

Die einsetzende Kriegsschulddiskussion führte alsbald zur Polarisierung; diese zeigte erstmals auf einer gemeinsamen Versammlung der DFG und ZV im Juni 1919 Wirkung, an deren Ende die Auflösung der Zentralstelle stand. Darüber hinaus blieb die Republik mit Blick auf die unterschiedlich verarbeiteten Kriegserlebnisse gespalten: Radikaler Antimilitarismus stand der Schützengrabennostalgie eines Ernst Jüngers gegenüber. Dem durch Veteranenverbänden, wie dem *Stahlhelm*, gepflegten militärischen Traditionalismus sollte etwas entgegengesetzt werden. Im Herbst 1919 gründeten u.a. Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky den *Friedensbund der Kriegsteilnehmer* (FdK), der für eine neue Richtung innerhalb des Pazifismus warb. Diese radikal-pazifistische Strömung stand der radikalen Arbeiterbewegung nahe und forderte u.a. die Abschaffung der Wehrpflicht, propagierte die Kriegsdienstverweigerung und sprach sich für die Ausrufung des Generalstreiks bei Kriegsgefahr aus. Als Organisator der *Nie wieder Krieg* Kundgebungen erreichte der Friedensbund Anfang der 1920er Jahre beachtliche Resonanz.<sup>10</sup>

Ein öffentliches Forum für alle im Krieg (BNV und Frauenausschuss bzw. IFFF) oder kurz danach neu gegründeten Organisationen bot der Braunschweiger Kongress im Herbst 1920. Dieser spiegelte die organisatorische Vielfalt wider. Als größte Organisation bereitete die DFG zwar den Kongress vor, aber ihren pazifistischen Alleinvertretungsanspruch hatte sie verloren. Die Teilnahme zahlreicher neuer Akteure signalisierte einen pazifistischen Aufbruch. Idealtypisch können fünf

8 Vgl. Scheer (1981): S. 353–355; Holl (1988): S. 132–137.

9 Lütgemeier-Davin (1982): S. 20.

10 Vgl. Riesenberger (1985): S. 143–149; Jansen (2004): S. 72f.

Grundkategorien pazifistischer Organisationen unterschieden werden: Die sogenannte rechte Fraktion (u.a. DLV) als linksliberale Strömung innerhalb der Friedensbewegung, die ihren Friedensbegriff ausschließlich außenpolitisch definierte, die Antimilitaristen (BdK, FdK und ab 1926 die *Gruppe Revolutionärer Pazifisten* um Kurt Hiller) die aus grundsätzlicheren Überlegungen heraus die Anwendung von Gewalt ablehnten und die direkte Aktion der Kriegsdienstverweigerung propagierten, die religiös motivierten Verbände (FDK und BRS), die auf christlicher Grundlage einen dauerhaften Frieden zu realisieren suchten sowie kleinere Jugendorganisationen und kulturpolitische Vereine ergänzten das organisatorische Portfolio des Pazifismus in der Weimarer Republik neben der DFG, dem BNV und der Frauenliga.<sup>11</sup>

Schon auf dem Braunschweiger Kongress wird ein unterschiedliches pazifistisches Grundverständnis deutlich, das auch die Diskurse der folgenden Jahre prägen wird: Der angedeutete Gegensatz zwischen gemäßigten, völkerrechtlich orientierten und radikal antimilitaristischen Pazifisten. Für Erstere könne Friede durch Recht nur dann erreicht werden, wenn als *Ultima Ratio* militärische Gewaltanwendung dem Recht Geltung verschafft. Die Kriegsdienstverweigerung im Verteidigungsfall wird abgelehnt und das Prinzip des Verteidigungskrieges z.B. im Rahmen einer Exekution des Völkerbundes gerechtfertigt. Vor allem im Ausbau des Völkerbundes und durch internationale Abrüstung sahen sie den Weg für einen dauerhaften Frieden. Für Zweitere blieb die Unantastbarkeit des Lebens oberste Maxime, was in die Ablehnung jedes zwischenstaatlichen Krieges und zur Kriegsdienstverweigerung führte. Ihr Kampf richtete sich verstärkt nach innen. Es ging ihnen nicht nur um die grundsätzliche Beseitigung des Krieges, sondern speziell darum, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Dieses Spannungsfeld zerrieb letztlich die organisierte Friedensbewegung. Die Folge war eine innenpolitische Paralyse über die entscheidenden Fragen zur deutschen Kriegsschuld, das Problem des Versailler Vertrages und die Aussöhnung mit Frankreich sowie die Rolle der Reichswehr. Zu weiteren organisatorischen Aufspaltungen innerhalb beider Richtungen kam es durch verschiedene Meinungen in Einzelfragen. Dabei war es nicht unüblich, Mitglied in mehreren Organisationen zu sein. So waren die führenden Mitglieder kleinerer Vereine bzw. Organisationen mit spezifischer Zielsetzung nicht selten auch Mitglieder der beiden großen Verbände DFG und/oder FDK, da diese allen Richtungen offenstanden.

Erklärt sich die organisatorische Zersplitterung der Friedensbewegung aus dem Gegensatz zwischen gemäßigten und radikalen Pazifismus bei gleichzeitiger Verabsolutierung pazifistischer Teilziele, so erklären sich die zahlreichen Mehrfachmitgliedschaften aus der Absicht, diesen Teilzielen auch innerhalb der großen pazifistischen Organisationen Geltung zu verschaffen.<sup>12</sup>

Der Versuch einer einheitlichen Dachorganisation (*Deutsches Friedenskartell* – DFK) scheiterte 1929, nachdem es erst 1922 gegründet worden war.<sup>13</sup>

11 Vgl. Lütgemeier-Davin (1982): S. 20–72; Riesenberger (1985): S. 152–153.

12 Riesenberger (1985): S. 153.

13 Vgl. Harth (1985): S. 17; Riesenberger (1985): S. 153–157; Benz (1987): 33–41.

## Deutsche Friedensgesellschaft – DFG

Die DFG wurde 1892 u.a. durch Alfred Hermann Fried und Bertha von Suttner gegründet. Ludwig Quidde fungierte zwischen 1914 und 1929 als Vorsitzender der DFG. Mit ca. 30.000 Mitgliedern im Jahre 1927 war sie die mitgliederstärkste und am ehesten repräsentative Organisation in der Weimarer Republik. Sie umfasste sämtliche Varianten des Pazifismus. Ihre Mitglieder sind mehrheitlich dem Klein- und Bildungsbürgertum zuzuordnen. Zugleich waren etwa ein Viertel davon auch Mitglieder der DDP und dem Linksliberalismus verbunden. Beamte und Arbeiter waren in ihr nur wenig zu finden.<sup>14</sup>

Vor dem Ersten Weltkrieg war ihr Friedensbegriff ausschließlich außenpolitisch determiniert. Sie setzte sich zum Ziel, nationalistische Vorurteile abzubauen, in der internationalen Politik die Gewalt durch das Recht zu ersetzen und diesen Rechtszustand durch zwischenstaatliche Organisationen dauerhaft zu festigen. Dazu bedürfe es allseitiger Abrüstung und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit. Friede und Supranationalität wurden gleichgesetzt. Zwischenstaatliche Anarchie galt als Hauptursache für Kriege. Wirtschaftliche Verflechtungen seien lediglich ein friedensförderndes Mittel. Die Bedeutung demokratischer Strukturen und die Notwendigkeit eines sozialen Ausgleichs als relevante Prämisse einer dauerhaften Friedensordnung fanden erst nach 1918 Eingang in die Programmatik. Sie wollte

die Verherrlichung des Krieges bekämpfen, zum weltbürgerlichen Denken erziehen, Impulse für die Weiterentwicklung der internationalen Rechtsordnung geben, den Völkerbundsgedanken stärken, die allgemeine Wehrpflicht für immer abschaffen, das Recht jedes Einzelnen auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt wissen, für vollständige Abrüstung eintreten und am sozialen Ausgleich mitarbeiten.<sup>15</sup>

Seit ihrer Gründung war die DFG föderalistisch aufgebaut, d.h. die pazifistische Arbeit wurde hauptsächlich von den Ortsgruppen geleistet. In Nord-, West- und Mitteldeutschland, in Braunschweig-Südhanover, Sachsen, Rhein-Pfalz, Baden, Bayern, Schlesien, Pommern und Ostpreußen etablierten sich in der Weimarer Republik Landesverbände der DFG. Zum erfolgreichsten Landesverband entwickelte sich der am 17. Februar 1925 gegründete *Westdeutsche Landesverband* WLW. Prägende Figur war Fritz Küster, der 1919 der DFG beitrug und später gemeinsam mit Friedrich Kayser als Vertreter der jungen, kriegsmüden Frontgeneration den *Hagener Kreis* repräsentierte. Im Vergleich zur alten DFG suchte der WLW gezielt die Annäherung zur Arbeiterbewegung und trug zu einer spürbaren Verjüngung bei. Das Nebeneinander zweier Generationen blieb nicht spannungsfrei: Quidde als Repräsentant des gemäßigten Flügels geriet im Laufe der 1920er Jahre in eine zunehmende Minderheitsposition. Der Kreis um Küster sah die Kriegsschuld allein bei Deutschland und lehnte den Versailler Vertrag nicht ab, während Quidde lediglich eine Mitschuld einräumte. Suchte Quidde den Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch als Verteidigungskrieg zu rechtfertigen, festigte Küster die Überzeugung eines geplanten deutschen Eroberungs- und Angriffskrieges. Auch mit Blick auf die

14 Vgl. Hecker (1985): S.26f.

15 Lütgemeier-Davin (1982): S. 22.

Reichswehr wurde die unterschiedliche Ausrichtung erkennbar. Sprach sich unter dem Einfluss des Küster-Kreises eine deutliche Mehrheit auf der Bundestagung 1921 für die Abschaffung der Reichswehr aus, postulierte Quidde die Notwendigkeit einer Republikanisierung. Schließlich waren 1929 die Auseinandersetzungen durch die Wahl von Küster und Paul Freiherr von Schoenaich zum Vorsitzenden der DFG zugunsten eines radikalen Pazifismus entschieden.<sup>16</sup>

#### Friedensbund Deutscher Katholiken – FDK / Bund Religiöser Sozialisten – BRS

Zu den Gründungsmitgliedern des FDK gehörten 1918 u.a. Matthias Erzberger und Magnus Jocham, was im Laufe der Weimarer Republik zu einer engen Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Zentrumsparterie führte. Ihre Bemühungen zur Beendigung des Weltkrieges setzten im Sommer 1917 im Zusammenhang mit dem Friedensappell von Papst Benedikt XV<sup>17</sup> ein, der allgemeine Abrüstung, die Einsetzung von Schiedsgerichten und eine Stärkung des Rechts forderte. 1930 versammelte der FDK ca. 9000 Mitglieder, die vorwiegend dem Kreise der jüngeren, niedrigen Geistlichkeit entstammten. Ihre Friedenssehnsucht leitete sich aus einem grundsätzlichen Vertrauen in die friedensstiftende Wirkung der katholischen Religion ab, deren Lebensmaximen nicht nur auf den familiären und innerstaatlichen, sondern letztlich auch auf die internationalen Beziehungen anzuwenden seien. Die Verhaltensregeln zwischen Staaten müssen denen im Zwischenmenschlichen entsprechen. Am grundsätzlichen Glauben an einen gerechten Krieg wurde festgehalten, wenngleich dafür die Voraussetzungen derzeit fehlten. Der FDK lehnte deshalb die allgemeine Wehrpflicht ab. Der Versailler Vertrag sei zu revidieren und Deutschland müsse dem Völkerbund beitreten. Auf das Prinzip der Kriegsdienstverweigerung legte man sich nicht fest; es blieb der persönlichen Gewissensentscheidung überantwortet, aber man stritt für deren Legalisierung. Eine Verpflichtung zur Verweigerung war nach der katholischen Sittenlehre nur in einem illegalen und amoralischen Krieg legitim. Der gerechte Krieg als Verteidigungskrieg wurde davon ausdrücklich ausgenommen und mehrheitlich als rechtmäßig betrachtet. Darüber hinaus bedarf es durch Kirche, Schule und Elternhaus einer Erziehung im Sinne der Völkerversöhnung. Insgesamt war seine Tätigkeit auf die katholische Kirche beschränkt. Primär ging es dem FDK um eine Gesinnungsschulung der katholischen Bevölkerung. Die Absicht einer sozialen und politischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse blieb sekundär.<sup>18</sup>

Im Vergleich zum FDK ist der BRS protestantisch geprägt und wurde Ende 1919 von Günther Dehn und Pfarrer Karl Aner gegründet. Innerhalb der Sozialdemokratie warb er für christliches Denken, während er in den Kirchen Verständnis für die Positionen des Sozialismus zu wecken suchte. Er wollte ein Sammelbecken

16 Vgl. Appelius (1988): S. 15–24.

17 Vgl. Steglich (1970)

18 Vgl. Riesenberger (1976): S. 21–67; Lütgemeier-Davin (1982): S. 44–46; Hecker (1985): S. 28.

für all jene sein, die sich zum christlichen Glauben und sozialistischen Denken bekannten. Bei der Lösung innerstaatlicher Probleme wie bei außenpolitischen Fragen sollte eine christliche Ethik, anders als bei den Grundprämissen der FDK, lediglich mitgedacht werden. Eine Verabsolutierung dieser auf die internationalen Beziehungen wurde nicht postuliert. Dennoch stritt man für Völkerversöhnung, Brüderlichkeit und Weltfrieden. Die Positionen des gemäßigten Pazifismus waren stets mehrheitsfähig. So befürwortete man den Exekutionskrieg des Völkerbundes. Die Forderungen des radikalen Pazifismus innerhalb des BRS (verkörpert durch Erwin Eckert) in Bezug auf die Kriegsdienstverweigerung wurden abgelehnt. Die Mitgliederbasis des BRS war im Vergleich zum FDK äußerst schwach. 90% seiner Anhänger rekrutierte er aus der proletarisch orientierten Kleinbauernschaft kleinerer Dörfer und Städte. Das Proletariat als Ganzes erreichte er nicht, da es eher in einer losen Verbindung zum Protestantismus stand und es dem BRS an ideologischer Überzeugungskraft mangelte.<sup>19</sup>

#### Bund der Kriegsdienstgegner – BdK / Friedensbund der Kriegsteilnehmer – FdK

Auf Seiten des radikalen Pazifismus der Antimilitaristen war der FdK (u.a. durch Emil Julius Gumbel, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky 1919 gegründet) zu Beginn der 1920er Jahre mit ca. 30.000 Mitgliedern die zahlenmäßig mit Abstand größte Organisation. Der BdK, u.a. auf Initiative von Kurt Hiller und Helene Stöcker, ebenfalls 1919 gegründet, erreichte lediglich 3.000 Mitglieder.<sup>20</sup>

Trotz antimilitaristischer Ausrichtung folgte der FdK nicht dem Grundsatz der Gewaltfreiheit. Ziel war es stets, eine pazifistische Massenmobilisierung zu erreichen. So vereinigte er Mitglieder beider sozialistischer Lager aber auch parteipolitisch ungebundene Pazifisten. Die jährlichen Nie-Wieder-Krieg-Demonstrationen gingen auf seine Initiative zurück. Programmatisch umfasste er anders als der BdK zugleich Positionen des organisatorischen Pazifismus, d.h. Kriegsdienstverweigerung, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und des Militärs gingen mit Forderungen nach einem Völkerparlament und einem Staatenbund Hand in Hand. Internationale Schiedsgerichte und eine pazifistische Erziehung der Jugend gehörten ebenso dazu. Eine wichtige Rolle war dem Generalstreik zugeordnet. Im Falle eines erneuten Kriegsausbruchs sollte in dessen Rahmen der Schulterschluss mit der internationalen Arbeiterbewegung gesucht und durch eine konzertierte Aktion der pazifistischen Kräfte in Europa eine kriegsgegnerische Stimmung in den Bevölkerungen generiert werden. Eine nachhaltige Wirkung erzielte der FdK aber aufgrund der parteipolitischen Streitigkeiten zwischen den unterschiedlich orientierten sozialistischen Richtungen nicht, was 1922 faktisch zur Auflösung führte. Die Nachfolgeorganisationen blieben in der Folgezeit bedeutungslos.

Trotz der geringen Mitgliederbasis wird der BdK als die „stärkste radikal-pazifistische Organisation“ bezeichnet. Seine programmatische Ausrichtung war im

19 Vgl. Lütgemeier-Davin (1982): S. 47–49; Lipp (1995).

20 Vgl. Hecker (1985): S. 27–28. Folgendes Zitat ebd., S. 28.

Vergleich zum FdK eng begrenzt. Alleiniger Zweck schien die Propagierung der Kriegsdienstverweigerung zu sein. Er wollte die organisatorische Plattform für all jene sein, die aus individueller Überzeugung jegliche Form des Kriegsdienstes ablehnten. Die Mitglieder wurden verpflichtet, den Krieg ganz generell als ein Verbrechen gegen die Menschheit zu definieren und somit zu bekämpfen, d.h. sich an der Beseitigung von Kriegsursachen (welcher Art und Form auch immer, seien es Rassen- und Glaubensunterschiede oder Klassengegensätze usw.) zu beteiligen. Gleich welchen Charakter ein Krieg nun habe, der BdK setzte auf die unbedingte Kriegsdienstverweigerung und die Abschaffung der Wehrpflicht. Diese Forderung suchte der BdK auch international auszuweiten und bekämpfte massiv alle Bestrebungen, die Wehrpflicht, wenn auch in geänderter Form, wieder einzuführen. Gleichzeitig organisierte er finanzielle und moralische Hilfe für alle, die aufgrund ihrer Verweigerung in Haft saßen und setzte sich für deren Freilassung ein. Die soziale Basis, auf die sich solche Forderungen stützen konnten, war äußerst schmal. Seine Mitglieder waren mehrheitlich einem radikalen Sozialismus bzw. Syndikalismus oder gar dem Anarchismus zuzuordnen. Der BdK nahm stärker ideologischen Einfluss auf die Politik der Friedensbewegung als das er deren Außenwahrnehmung prägte. Innerhalb des radikalen Pazifismus nimmt die 1926 von Kurt Hiller und Kurt Tucholsky gegründete *Gruppe Revolutionärer Pazifisten (GRP)* eine besondere Rolle ein. Sie stehen weniger in Konkurrenz bzw. Abgrenzung zum BdK, als vielmehr zum WLW der DFG um Küster. Von Beginn an konnte die Gruppe eine Reihe namhafter Literaten, Schriftsteller und Publizisten für sich, hauptsächlich aus dem Umfeld der *Weltbühne*, gewinnen. Während ihres Bestehens erreichte sie aber nie mehr als knapp 100 Mitglieder.

Durch die zunehmende Dominanz des WLW, v.a. in organisatorischen Fragen, fühlte sich Hiller zu wenig berücksichtigt und fürchtete schließlich sogar gänzlich aus der Organisation verdrängt zu werden. In diesem Zusammenhang stand er Quidde und dem gemäßigten Pazifismus durchaus nahe, was die Grenzen zwischen gemäßigten und radikalen Pazifismus in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre durchaus verwischte. Innerhalb der antimilitaristischen Front lehnte er die einseitige Beantwortung der Kriegsschuldfrage zu Lasten Deutschlands ab. So war es die Befürchtung vor einer gewissen Isolierung innerhalb der Friedensbewegung, die zur Neugründung führte. Als Hauptquelle von Kriegen definierten die Mitglieder der Gruppe die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Somit müsse diese zugunsten einer sozialistischen überwunden werden, was nur durch Revolution möglich sei. Die soziale Revolution wurde zur Friedensstrategie. Auf die Anwendung von revolutionärer Gewalt könne nicht verzichtet werden. Unter Rückgriff auf Lenin wurde der revolutionäre Bürgerkrieg zur Erreichung einer friedfertigen Gesellschaft gerechtfertigt. Nur er könne im Inneren die Voraussetzungen schaffen, um auch außenpolitisch die Führung von Kriegen zu verhindern. Gleichwohl blieb die Frage nach der Gewaltanwendung innerhalb der GRP umstritten. Insgesamt ist der revolutionäre Pazifismus ein Ziel-Pazifismus.<sup>21</sup>

21 Vgl. Lütgemeier-Davin (1982): S. 36–42; von Bockel (1985): S. 43–46.

## Deutsche Liga für Völkerbund – DLV

Die Gründung der DLV im Dezember 1918 ging auf das Zusammenwirken von Parlamentariern, Regierungsvertretern und anderen Pazifisten, unter maßgeblicher Beteiligung des Auswärtigen Amtes, zurück. Entsprechend gestaltete sich der erste Vorstand der DLV mit Matthias Erzberger als erstem Vorsitzenden, dem Völkerrechtler Walther Schücking als dessen Stellvertreter und Ernst Jäckh als geschäftsführendem Vorstandsmitglied, der als ein glühender Verfechter einer Mittel-Europa Konzeption galt. In ihren Anfängen setzte die Liga v.a. auf eine breite Werbung für den Völkerbund und den Ausbau der Völkerrechtswissenschaft. Über 2.000 Mitglieder kam sie jedoch während der gesamten Zeit der Weimarer Republik nie hinaus.

Zur DFG hatte die DLV sowohl in organisatorischer als auch ideologischer Hinsicht ein eher zwiespältiges Verhältnis. So suchte die DFG zwar ihren Einfluss auf die offizielle Regierungspolitik über die DLV zu steigern, wollte in ihren Reihen aber lediglich Vertreter einer reinen pazifistischen Lehre wissen. Letztlich kam es praktisch zur Abgrenzung zur DLV, die als Konjunkturpazifisten und maskierte Pazifisten diffamiert wurden. Inhaltlich vertrat sie kein einheitliches Programm. Die außenpolitisch taktische Bedeutung für die jeweilige Regierung stand im Vordergrund, auch wenn die DLV öffentlich Distanz zur offiziellen Außenpolitik hielt. Nichtsdestotrotz strebte ein harter Kern an pazifistisch orientierten Völkerrechtlern eine auf Recht basierende internationale Ordnung an. So machten sich Schücking und Hans Wehberg zu Verfechtern des Pazifismus innerhalb der Liga. Sie suchten ideelle Forderungen mit nationalen Ansprüchen zu verbinden. Gestaltung und Durchsetzung einer wissenschaftlich fundierten und deutschen Völkerbund-Idee waren das Ziel. Man setzte sich für eine Politik der Revision ein. Den Versailler Vertrag lehnte man als Gewaltfrieden ebenso ab wie die Konzeption des Völkerbundes, da dieser kein wahrer Bund gleichberechtigter Nationen, sondern durch die Übermacht der Sieger diktiert und bestimmt sei. Die Zuweisung der alleinigen Kriegsschuld lehnte man vehement ab. Die Erwartungen und Hoffnungen wurden an einen Völkerbund geknüpft, der die Niederlage ungeschehen machen sollte. Die Liga als Ganzes trug zur Entwicklung eigener Vorstellungen jedoch nichts bei. Vielmehr waren es Einzelbeiträge, die Plänen eines wahren Völkerbundes Ausdruck verliehen. Dem radikalen Pazifismus stand man in scharfer Ablehnung gegenüber. Den unbedingten Kriegsverzicht sah man skeptisch und zielte vielmehr auf eine Politik der grundsätzlichen Verständigung bei gleichzeitiger Bereitschaft, militärische Machtinstrumente aufzubauen und diese notfalls anzuwenden. Die Kriegsdienstverweigerung galt als illegitim und wurde abgelehnt; Deutschland habe einen Anspruch auf militärische Gleichberechtigung. Die DLV konnte seit 1921 über ihre internationalen Kontakte in Genf zu den Weltvölkerbundligen im Sinne der offiziellen deutschen Außenpolitik wirken, v.a. in der Stresemann-Ära; sie galt als Vorfeld-Organisation und war bestrebt die amtliche Politik zu unterstützen.<sup>22</sup>

22 Vgl. Lütgemeier-Davin (1982): S. 27–31; Dülffer (2008): S. 175–188.

## Deutsche Liga für Menschenrechte – DLM

Schon während des Krieges bezog der BNV bzw. später die DLM die innenpolitische Dimension des Friedens in ihr Programm ein. Sozialpolitische Fragen standen ebenfalls im Vordergrund. Während der Novemberrevolution kämpfte man entschieden für die Demokratie und den Aufbau einer Republik. Die Mitglieder zeigten in dieser Periode eine enge politische Nähe zur USPD. Die Zahl der Mitglieder betrug in den 1920er Jahren aber nie mehr als 2.000. Man stritt für die Verwirklichung der Menschenrechte, für mehr soziale Gerechtigkeit und Völkerversöhnung. Die Jugend müsse stärker in pazifistischem Sinn erzogen werden. Durch gezielten Austausch war die Liga bemüht, zu einer Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses beizutragen. An den alljährlichen Nie-wieder-Krieg-Demonstrationen nahm sie regelmäßig teil und warb für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Generell war eine entschiedene Kriegsgegnerschaft und die Forderung nach allgemeiner Abrüstung kennzeichnend. Mit der Namensänderung 1922 wurden nicht zuletzt die klassischen pazifistischen Forderungen erweitert. Der Kampf richtete sich nicht mehr ausschließlich gegen die geheime Wiederaufrüstung der Reichswehr, sondern auch gegen die Weimarer Justiz, deren autoritär-nationalistische Ausrichtung man zu demokratisieren suchte. Man deckte politische Morde auf, engagierte sich gegen antisemitische Hetze und sprach sich gegen die Todesstrafe aus. Exemplarisch für dieses Engagement war im Januar 1925 die Einrichtung einer juristischen Abteilung innerhalb der DLM, die 1926 massiv ausgebaut wurde. Fortan kämpfte man verstärkt an der Seite derjenigen, die wegen vermeintlichen Landesverrats als politische Häftlinge in Haft saßen, setzte sich wiederholt für deren Amnestie ein und unterbreitete Vorschläge für einen humaneren Strafvollzug. Obwohl die Liga der Kriegsdienstverweigerung grundsätzlich skeptisch gegenüberstand und nicht immer einen gewaltfreien Standpunkt einnahm, war man um die Freilassung inhaftierter Kriegsdienstverweigerer gleichsam bemüht.<sup>23</sup>

Das Engagement von Otto Lehmann-Rüßbüldt und Kurt R. Grossmann als Sekretäre der Liga zur Stärkung des politischen Systems sowie ihr Kampf gegen Justizunrecht, die *Schwarze Reichswehr* und faschistischen Terror machte sie zu den ersten Opfern des Nationalsozialismus. Viele prominente Mitglieder wurden verfolgt und flohen bereits im Frühjahr 1933 ins Exil.

23 Vgl. ebd.: S. 23–27; Benz (1987): 30f; Jansen (2004): S.75.

### 3 DER LITERAT – OLDEN UND DAS JUNGE WIEN

Als Rudolf Olden am 14. Januar 1885 in Stettin als drittes Kind aus der Schauspielererehe zwischen Hans Olden und Rosa Stein hervor ging, gehörte seine Familie im Rhein-Main-Gebiet zum Kreis jener, die das kulturelle und politische Leben seit den Revolutionstagen des Jahres 1848 und ab 1871 im neuen deutschen Nationalstaat mitprägten. Der Name Olden war der Künstlername des Vaters, der die Namensänderung 1893 erwirkt hatte und auf seine Kinder übertrug. Die väterlichen Vorfahren, die Familie Oppenheim, repräsentierten durch den Nationalökonom und Juristen Heinrich Bernhard Oppenheim (ein Großonkel Rudolfs) und den Maler Moritz Daniel Oppenheim das aufstrebende, jüdisch geprägte Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Ersterer war zwischen 1841 und 1845 als Privatdozent für Staatswissenschaften und Völkerrecht in Heidelberg und 1848/49 als Publizist und Redakteur der Zeitschrift *Die Reform. Organ der demokratischen Partei* tätig. In den 1860er Jahren schloss sich Oppenheim den Nationalliberalen an und wurde 1874 in den Reichstag gewählt. Er war es, der 1872 gegen Adolph Wagner und die Gründer des *Vereins für Socialpolitik* mit dem Begriff des Kathedersozialismus polemisierte.<sup>1</sup>

Das scheinbar junge Familienglück sollte schon bald nach Rudolfs Geburt zerbrechen. 1887 verließ Vater Hans seine Frau und die drei Kinder. Fortan sollte die zerrüttete Familie nirgends richtig heimisch werden.

Keiner von uns ist je im Leben sesshaft geworden. Mein Vater war reich, er haette seine Familie ansiedeln koennen, als er uns – empoert ueber die Geburt eines dritten Kindes – zwei Jahre spaeter verliess. Meine Mutter hatte sich den Ort waehlen koennen, der ihr und ihrer Brut zutraeglich war, um dort zu ankern. Aber auch sie hatte die Unrast im Blut.<sup>2</sup>

Künftig sollte es die Schwester der Mutter, Hedwig Fürstin Liechtenstein, sein, die Rosa und ihre Kinder finanziell und gesellschaftlich unterstützen sollte. Besonders für den jungen Rudolf wurde sie zu einer engen Bezugsperson, was sich nicht zuletzt in einem regen Briefwechsel ausdrückte. Sie war es, die dem jungen Olden und seiner Schwester Ilse den Weg in die bessere Gesellschaft ebnen half, an der sich der ältere Bruder Balder allerdings Zeit seines Lebens reiben wird.

Eines Tages wurde Ilse ausgeführt, wie es damals hiess, wenn man junge Maedchen der Gesellschaft auf den Heiratsmarkt schleppte. Sie selbst merkte nicht, dass sie eine gefeierte Dame war. Daneben stand ich, der die eleganten Herren verabscheute, sein eifersüchtiges Missverhältnis zu dieser Welt der feinen Leute nicht nur in Versen entlud. Rudi passte ganz in diese sittsame, vornehme Welt.

1 Hainbuch/Tennstedt (2010): S. 120.

2 Olden (1945): S. 27. Folgendes Zitat ebd., S. 28.

Doch konnte das sorgsame Bemühen um die bürgerliche Perfektion nicht darüber hinwegtäuschen, dass Olden schon in jungen Jahren an seinem schlechten Gesundheitszustand litt und ihn als Makel in einem Umfeld empfand, das körperliche Vitalität verlangte, gerade mit Blick auf die militärische Ausbildung als Möglichkeit gesellschaftlichen Aufstiegs. Nachdem er am 14. Juli 1903 in Freiburg sein Abitur abgelegt hatte, wurde diese Problematik in der Korrespondenz mit seiner Familie immer drängender. „Was meine Militärangelegenheit betrifft, so will ich mich ja gerade untersuchen lassen, um zu sehen, ob ich tauglich und kräftig genug bin.“<sup>3</sup> Dabei scheint vor allem sein familiäres Umfeld ihn zu diesem Schritt bewegen zu haben. Wie sehr er zu diesem Schritt bedrängt wurde, beklagte er in einem Brief an seine Tante Hedwig: „In Frankfurt werde ich mich nun also, da ihr es wünscht, anfang Juli stellen. Balder hat mir sehr abgeraten, dort zu dienen. Aber da ihr es nun einmal wünscht, werde ich natürlich hinfahren.“<sup>4</sup> Olden selbst verfolgte vielmehr den Wunsch, sein begonnenes Studium der Rechtswissenschaften fortzusetzen, das er 1903 aufgenommen hatte. Keineswegs war er ein für das Militärische begeisterter Jüngling gewesen. „Ich werde mich selbstverständlich nach deinem Wunsch richten und so bald ich meine Papiere habe, nach Frankfurt fahren, um mich zu stellen. Ich hoffe aber sehr, dass ich zurückgestellt werde.“<sup>5</sup> Den Mut, sich gegen den von der Familie auferlegten Druck in dieser Angelegenheit zu wehren, brachte er, anders als sein Bruder Balder, jedoch zu keiner Zeit auf. Gleichwohl verlieh er seiner Skepsis Ausdruck. „Warum ich übrigens jetzt dienen soll, kann ich nicht einsehen. Aber nicht mein Wille geschehe, sondern der Eurige.“<sup>6</sup> Da ihm der Dienst an der Waffe ohnehin unumgänglich erschien, wollte er seine Dienstzeit wenigstens zur Flucht aus diesem unerträglich gewordenen Deutschland nutzen.

Du weisst ja, dass es mein brennender Wunsch ist, durch dies Dienstjahr nach Südwestafrika zu kommen, dort Einblicke in diese aufblühende Kolonie zu bekommen und vielleicht dort irgendwie als Beamter oder anders eine Lebensstellung zu erreichen, zugleich dadurch eben in gänzlich andere Verhältnisse zu kommen, denn je länger ich hier in Preussen lebe, desto mehr sehe ich ein, dass es auf die Dauer meines Bleibens hier nicht hier sein wird. Ich muss, wenn mir das Leben lebenswert sein soll, in freiere, großzügigere Verhältnisse kommen, in denen ich irgendwie eine Stellung haben kann, die mich ausfüllt und in der ich etwas leisten kann.<sup>7</sup>

In diesem „gewohnten deutschen Trott“ fühlte sich Olden längst nicht mehr aufgehoben. Er war von den gesellschaftlichen und politischen Konventionen seiner Zeit eher gelangweilt. Da schrieb er über die „tödliche und ungeheure Langweile“<sup>8</sup> der

3 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, um 1903, EB 79/020 – B.02.0025.

4 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Hedwig Liechtenstein, 20.5.1905, EB 79/020 – B.02.0007.

5 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Hedwig Liechtenstein, 27.6.1905, EB 79/020 – B.02.0007.

6 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 26.6.1905, EB 79/020 – B.02.0026; Vgl. RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 20.7.1905, EB 79/020 – B.02.0026.

7 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Hedwig Liechtenstein, 9.5.1910, EB 79/020 – B.02.0011. Folgendes Zitat ebd.

8 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 29.10.1903, EB 79/020 – B.02.0025; Ebd., 6.7.1906, EB 79/020 – B.02.0027; RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Carlo Seilern, 9.3.1914, EB 79/020 – B.02.0039.

Marburger Gesellschaft, die nur in „Stumpfsinn und Verzweiflung“<sup>9</sup> enden könne, über die Arbeitstage als Referendar bei Gericht (am 8. Mai 1908 bestand Olden sein erstes juristisches Staatsexamen beim Oberlandesgericht in Kassel), an denen er zwar „die Lücken juristischer und sonstiger Bildung“<sup>10</sup> füllte, aber sich dabei „nicht recht wohl“ fühlte, da „mich des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr mit ihrem sanften Hauch in das einschläfernde Gleichmaas des täglichen Lebens versenkte“<sup>11</sup> und über Gespräche und Treffen im gesellschaftlichen Bekanntenkreis der Tante, „in den ich unwillkürlich hereinkomme und zu dem ich nicht mehr passe“<sup>12</sup>, weil sie ein „langweiliges Haus“<sup>13</sup> sind.

Auch in politischer Hinsicht war seine Frustration über die Realitäten des Kaiserreiches spürbar. Olden gab sich der Hoffnung hin, womöglich auch der Illusion, ausgerechnet in den Kolonien sein Freiheits- und Gestaltungsbedürfnis verwirklichen zu können. „Dort drüben hat natürlich auch der Beamte Neuland vor sich, in dem er positives leisten kann.“<sup>14</sup> Gleiches sah er in Deutschland wohl für nicht mehr realisierbar an. In diesem Umfeld betrachtete er seine berufliche Perspektive als Referendar und künftiger Beamter als nutz- und sinnlos und ließ ihn in eine tiefe Depressivität abgleiten.

Ich bin schon viel zu eingesponnen in mein Einsamkeitsgefühl um mich mit Menschen wohl zu fühlen. Selbst wenn ich etwas verabredet habe, sage ich in der letzten Minute ab, weil ich Angst davor habe. Meine Tätigkeit, wie sie augenblicklich ist, scheint mir allerdings nicht von grossem Nutzen.<sup>15</sup>

Den Alltag beschrieb er zunehmend als Belastung. „Der Tagesarbeit eiserne Klammern halten meinen beweglichen Geist wieder umschlossen.“<sup>16</sup> Im Umfeld der gesellschaftlichen Modernisierung gerieten die definierten Wertmaßstäbe und Selbstbilder zunehmend ins Wanken. Unterschiedliche Weltanschauungen rangen um die normative Vorherrschaft. Auch die gutbürgerliche Welt Oldens blieb davon nicht verschont und stellte für sie im Allgemeinen und für ihn im Besonderen eine enorme Herausforderung dar. Nicht zuletzt der ökonomische Transformationsprozess provozierte das bürgerliche Weltbild. Aus den Briefen lässt sich immer wieder entnehmen, unter welchen finanziellen Schwierigkeiten er sein Leben zu meistern versuchte. Aber auch Schwester Ilse geriet durch die Scheidung von ihrem ersten Ehemann Carlos Stegmann in ökonomische Bedrängnis. Der Zeitgeist verlangte eine neue Standortbestimmung, die sowohl auf der gesellschaftlichen Ebene, in den Künsten und Wissenschaften zu beobachten war, als auch auf den jungen Olden persönlich zutraf. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges wurde das benachbarte

9 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 5.1.1908, EB 79/020 – B.02.0029.

10 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 21.9.1910, EB 79/020 – B.02.0030. Folgendes Zitat ebd.

11 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 4.11.1910, EB 79/020 – B.02.0030.

12 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 15.10.1912, EB 79/020 – B.02.0032.

13 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Rosa Olden, 27.8.1912, EB 79/020 – B.02.0032.

14 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Hedwig Liechtenstein, 9.5.1910, EB 79/020 – B.02.0011.

15 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Hedwig Liechtenstein, 22.12. und 30.12.1908, EB 79/020 – B.02.0009.

16 RO – DNB/DEA: Brief R.O. an Ilse Seilern, 12.1.1911, EB 79/020 – B.02.0043.